

Beilage: Maché verrät seine eigenen Funktionäre

Sonnabend, 15. September 1924
10. Jahrgang Nummer 214

Wörter-Zeitung

ROHNE KAUEN!
(Nur für Abonnenten)

Verkauft täglich
Preis: 10 Pfennig
Durch die Post bezogen
Kassapreis: 12 Pf.
Preis: Die dreifache
70 Pf. — Schluss des
8 Uhr; in den Still-Exhibitionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Telefon 580 89. Postkontos: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 60. Telefon 288 87. Geschäftszeit: Montag bis Freitag von 12-18 Uhr, Samstag von 12-18 Uhr. Geschäftszeit: Sonntag von 8-18 Uhr. Geschäftsstelle: Breslau 2384. Geschäftszeit: von 8-18 Uhr. Geschäftsstelle am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schell, Bergstraße 26. m.B.G., Breslau. — Druck: „Reubag“ Berlin, III. Breslau, Trebnitzer Str. 60.

Faschistenmarsch nach Wien geplant!

Geipel im Bunde mit den Heimwehren

(Eig. Ber.) Wien, 13. September.

Die Niederlage der österreichischen Arbeiter am 15. Juli 1927 unter der Führung der „linken“ österreichischen Sozialdemokratie hat in diesem Lande, dessen Proletariat bisher im Bürgerkrieg nicht befreit war, zu einer breiten faschistischen Bewegung, insbesondere in den Alpenländern, geführt. Jetzt sind die Faschisten — die sogenannten Heimwehren — so stark geworden, daß sie die politische Spaltung zwischen Alpenländern und Wien in ihrem Sinne durchbrechen zu können glauben. Für den 7. Oktober ist in Wiener Neustadt, einem Vorort des niederösterreichischen Industriegebietes, etwa eine Distanz von Wien entfernt, ein Marsch auf Wien angekündigt, eine Art Generalprobe des Marsches auf Wien. Die bürgerliche Presse kündigt jubelnd an, daß es gelte, jetzt die Früchte des 15. Juli zur Ernte zu bringen.

Die Sozialdemokratie hat auf das Drängen der Arbeiter zunächst für den 7. Oktober eine Gegenkundgebung des republikanischen Schutzbundes, des österreichischen Reichsbanners (dessen Zusammensetzung allerdings proletarischeren Charakter trägt), angesetzt. Sie tat dies in der Hoffnung, daß darauf die niederösterreichische Landesregierung, die in den Händen der Geipel-Partei liegt, beide Kundgebungen verbieten würde. An der Festigkeit der Geipel-Regierung aber ist dieses Verbot gescheitert. Geipel widersprach auf das entschiedenste dem koalitionsfreundlichen niederösterreichischen Bundeshauptmann Dr. Buresch, der das Verbot aussprechen wollte, mit der Drohung, die Zentralregierung würde einem Rufus der Heimwehren unbedingt stattgeben. Die Heimwehren bestehen, seither um so übermütiger geworden, auf ihrem Aufmarsch. Der Arbeiter hat sich nach allen Wiener Meldungen eine ganz ungeheure Erregung bemächtigt. Es wäre nicht zum erstenmal, daß die Verzweiflung der österreichischen Arbeiter über das Versagen ihrer Führung sie zu einer spontanen Aktion von größtem Ausmaße und von den allergrößten Konsequenzen drängt. Bekanntlich entstand ähnlich die Hungerdemonstration im Dezember 1923 und der 15. Juli 1927. Diesmal allerdings spricht alles dafür, daß die Sozialdemokratie, gewarnt durch den 15. Juli, alle Mittel anwenden wird, um eine Explosion zu verhindern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie die Demonstration des Schutzbundes entweder abjagen oder verschleppen wird. Die Polizei hat bereits ihre seit dem 15. Juli erworbenen schweren Waffen für den Straßenkampf, wie Panzerautos, Maschinengewehre und Minenwerfer mit ihrer Sondersturmgruppe nach Wiener Neustadt beordert.

Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ in Wien verhaftet

Wien, 14. September. Der Zentralkomitee der kommunistischen Partei Österreichs veröffentlichte am Donnerstag in der „Roten Fahne“ einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft zur Verhinderung des Aufmarsches der Heimwehren in Wiener Neustadt aufgefordert wurden. Wegen dieses Aufrufes ist die „Rote Fahne“ von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Am Donnerstagnachmittag erschienen Kriminalbeamte in der Redaktion der „Roten Fahne“ und verhafteten den verantwortlichen Redakteur vom Schreibtisch weg. Der Haftbefehl lautet auf Verbrechen des Hochverrats.

Geipels Antwort auf die Warnung der Arbeiterschaft ist die Hebe gegen die Kommunisten. Polizei und Justiz im „Roten Wien“ sind die Verbündeten des Faschismus, der auf der ganzen Linie vorrückt.

Tod durch Reichswehrgas! Giftgasmanöver in Wilhelmshaven

Hamburg, 13. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Zeitung des der Festung Wilhelmshaven unterstehenden Marine-Depots der Reichsmarine in Marinjeel veranstaltete kürzlich einen Einbelegungsversuch, bei dem ein großer Teil des bewohnten Gebietes der Vereinigten Jade-Städte von Nebel- und Gasmanövern durchzogen wurde. Obwohl die Verwaltung des Marine-Depots vorher versichert hatte, daß das Einatmen des Gases keine gesundheitlichen Schäden bringe, hat dieses Manöver ein Todesopfer gefordert. Eine junge Frau wurde auf der Straße von den Nebelwolken überrollt. Sie litt sogleich unter

äußerst hartem Husten und Erstickungsanfällen. Durch den Hustenreiz geriet eine Lungenblase über und führte in der folgenden Nacht den sofortigen Tod herbei. Von militärischer Seite wird behauptet, die Frau habe ihren Tod selbst

verschuldet, da sie trotz ihres Herzleidens sich in das gefährliche Gebiet begeben habe. Hier grinst euch, Arbeiter, die mordende Wirklichkeit des Kriegsrüstungen entgegen!

Staatsaktion gegen Görlitzer Kommunisten

Genosse Dengler verhaftet — Weitere Verhaftungen angekündigt — Stahlhelmbanden schmuggeln Dynamit in den Keller eines Genossen und denunzieren ihn bei der Polizei

(Eig. Bericht.) Görlitz, 13. September.

Heute vormittag begaben sich zwei Kriminalbeamte in einen dem Genossen Dengler gehörigen Keller und fanden dort angeblich Sprengstoff — und Infanterie-Munition. Die Hausdurchsuchung erfolgte, ohne daß die Beamten vorher bei Dengler oder dessen Frau vorstellig wurden. Genosse Dengler wurde sofort in Haft genommen. Gleich darauf fanden bei 20 anderen Parteimitgliedern und KKW-Kameraden Hausdurchsuchungen statt, die selbstverständlich ergebnislos verliefen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Genosse Ulrich, wurde einem langen Verhör auf der Polizei unterworfen, dann aber freigelassen.

Die bürgerliche Presse verbreitete Donnerstagabend in sensationeller Aufmachung die Nachricht von Dynamitfund bei Görlitzer Kommunisten und behauptete, daß Genosse Dengler verfolgt wird, befragt eine Notiz der „Telegraphen-Lion“ aus Görlitz, in der es u. a. heißt: „Die Hausdurchsuchungen dauern noch an. Im Zusammenhang damit sollen weitere Verhaftungen bevorstehen.“ Um die aktiven Kommunisten in Görlitz vor dem großen Hindenburg-Kummel und dem Beginn des Volksentscheides unschädlich zu machen, haben dunkle Elemente, wahrscheinlich Stahlhelm- und Hitler-Banden, in den Keller des von ihnen seit langer Zeit verfolgten Genossen Dengler, Dynamit hineingeschmuggelt und nach übelster Lockspiegelmanier dann die Polizei benachrichtigt. Die

Tatsache, daß die Kriminalpolizei sich sofort nach dem Keller des Genossen Dengler begab, die Hausdurchsuchung also offenbar während seiner Abwesenheit erfolgte, kennzeichnet diese Methoden der Angeber genügend. Auch bei dieser Verhaftungsaktion zeigt die Polizei des sozialdemokratischen Innenministers und die Klassenjustiz, daß kommunistische Arbeiter außerhalb des Rechts stehen. Während die Waffenhändler und Waffenbesitzer in Carlomag trotz erwiehener jahrelanger Waffensbesitzes zu lächerlich geringen Geldstrafen, Trinkschalen, die die Stahlhelmsjünglinge aus der Portofasse zahlen, verurteilt wurden, während der Faschist Scheibler in Regnitz, in dessen Wohnung, wie wir in der vorigen Woche meldeten, Munition zur Ausrüstung von 50 Stahlhelmlenken gefunden wurde, sich auf freiem Fuß befindet und weiter die Vorbereitungen zum bewaffneten Arbeitermord führen kann, wird der Genosse Dengler auf Grund eines elenden Spitzelmannövers eingekerkert. Verdunklungsgefahr liegt eben nur bei kommunistischen Arbeitern, niemals bei faschistischem Mordgeheul vor.

Im Namen der Klassenbewußten Arbeiterschaft von Görlitz protestieren wir gegen die ebenso plumpe wie niederträchtige Staatsaktion gegen unsere Görlitzer Genossen und verlangen die sofortige Freilassung des Genossen Dengler.

Zur übrigen können wir den Görlitzer Machthabern versichern: Keine Hausdurchsuchung, keine Massenverhaftungen werden die revolutionären Arbeiter in Görlitz daran hindern, den Hindenburg-Kummel zu beantworten mit machtvollen Demonstrationen gegen die Hindenburg-Republik, gegen die Ausrüstungs- und Kriegspolitik.

Nun erst recht alle Kräfte eingesetzt für Volksentscheid gegen Ausrüstung!

SPD-Stadterordnetenfraktion in Breslau für Hindenburg Die Bürgerpresse kritisiert Veil

Breslau, 11. September.

In der gestrigen Stadterordnetenversammlung stimmte die sozialdemokratische Stadterordnetenfraktion einem kommunistischen Antrag, keine Mittel für Hindenburg zu bewilligen, nieder und entfaltete eine schamlose Kommunistenhebe (siehe Bericht unter Breslau). Die bürgerliche Presse ist über die Hebe des SPD-Führers Maché entzückt. Die „Schlesische Volkszeitung“ widmet der gestrigen Stadterordnetenversammlung einen Leitartikel. „Schlesische Zeitung“ und „Schlesische Volkszeitung“ stellen einmütig fest, daß Maché von dem Beschluß der Breslauer Funktionäre abgerückt ist und loben den „geschickten Taktiker Maché“, der gestern die Führung hatte, weil Götzein noch im Urlaub blieb. Besser als durch dieses Lob der Bürgerpresse kann die Praxis der Maché und Götzein, die wir morgen noch näher besuchten werden, nicht gekennzeichnet werden.

Müller tut, was die Schwerindustrie will

In einer Betrachtung über die Räumungsverhandlungen in Genf kommt der sozialdemokratische Lübeder „Vollbote“ zu folgendem Eingekändnis:

„Nicht Herr Briand und Herr Stresemann machen den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich, und auch nicht unser Genosse Müller, sondern die Schwerindustrie, und die Staaten müssen hinterher kommen, ob sie wollen oder nicht.“

Genosse Müller muß tun, was die Schwerindustrie will — die Kommunisten haben das den sozialdemokratischen Arbeitern immer gesagt. Aber es gilt, dies nicht nur zu erkennen, sondern auch die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Ein anderes sozialdemokratisches Organ, das „Bergedorf-Sander-Vollblatt“, muß zur Antwort Briands auf die Hebe Hermann Müllers erklären: „Briands Worte sind nicht ganz unrichtig. So abgerüstet, als wie Deutschland erscheint, ist es wirklich nicht.“ Nur verfehlt das sozialdemokratische Organ hinzuzufügen, daß Hermann Müller in Genf als Agent des deutschen Imperialismus, die Hebe, daß Deutschland abgerüstet hat, aufs schärfste vertreten hat.

Schweres Eisenbahnunglück bei Detroit

London, 13. September. Nach einer Heiter-Meldung aus New York ist der „Rote Pfeil“, der bekannte New York-Detroit-Expresszug, bei der Station Alder Rouge, einem Vorort von Detroit, entgleist. Krankenwagen sind sofort an die Unglücksstelle geeilt. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

10,5 Milliarden für Kriegsrüstungen

Das Kriegsbudget des französischen Imperialismus

Paris, 12. September. Die „Humanité“ stellt zu Hand der veröffentlichten Einzelheiten über das Budget von 1920 fest, daß das Kriegs-, das Marine- und das Kolonialministerium, das heißt für die „Landesverteidigungs“-ministerien 10 335 Millionen Franken vorgelegt sind. Wenn man dazu noch die 26 Milliarden, die für das Finanzministerium vorgelegt sind, rechnet, ergibt sich, daß 70 Prozent der Gesamteinnahmen für die Liquidierung des letzten Krieges und die Vorbereitung des Zukunftsrieges vorgezogen seien.

Aus dem amtlichen Kommuniqué über das Budget für das neue Finanzjahr, das am Freitag im Ministerrat sanktioniert und blumigen Formulierungen der Kammer zugeleitet werden soll, geht hervor, daß dasselbe um 2780 Millionen Franken höher veranschlagt ist als das letztjährige. Es ist ein Einnahmeüberschuß von 55 Millionen Franken vorgesehen, gegenüber 51 Millionen im Vorjahr. Mit Ausnahme des Finanz-

ministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete haben sämtliche Ministerien ihre Voranschläge vermindert. Das Finanzministerium beansprucht nicht weniger als 25 210 Millionen Franken, das heißt annähernd die Hälfte der Gesamtsumme. Der weitaus größte Teil fällt auf Verzinsung und Amortisierung der Staatsschuld.

Die Kredite für das Kriegsministerium betragen 6815 Millionen oder 724 Millionen mehr als im Vorjahr, für das Marineministerium 3980 Millionen oder 600 Millionen Franken mehr als im Vorjahr, für das Kolonialministerium, das heißt zur Hauptache für die Honorierung der Diplomaten und die Speisung des geheimen Fonds mit 245 Millionen (plus 9 Millionen).

Poincaré hat mitteilen lassen, daß er bei jedem Titel des Haushaltsplanes die Vertrauensfrage stellen und so die unveränderte Annahme der Regierungsvorschläge erzwingen werde.

Müllers Niederlage in Genf

Genf, 13. September. Ueber die heutige zweite Besprechung der Rächte der Vorkriegskonferenzen über die Räumungsfrage wird von Seiten der deutschen Delegation folgende amtliche Mitteilung gemacht:

„Seine vormittag fand die in Aussicht genommene zweite Besprechung statt. Dabei ergab sich, daß einige Punkte noch einer weiteren Überlegung bedürfen. Die nächste Besprechung findet am Sonntagvormittag statt.“

Obwohl es nach den Äußerungen und dem ganzen Auftreten Briand und Lord Cushendun sowie den Äußerungen vornehmlich der französischen Presse scheint, daß sich die deutsche Delegation wohl über den Verlauf der Verhandlung der Reparationsfrage mit der Räumungsfrage einverstanden erklären muß, versucht die SPD-Presse in der Öffentlichkeit immer noch den Eindruck zu erwecken, als würde die deutsche Delegation und Hermann Müller kein Jota von ihrem Standpunkt abgeben, der die Verquickung der Reparationsfrage mit der Räumungsfrage ablehnt. Der geistige Abend „Vorwärts“ schreibt in diesem Sinne u. a.: „Kaum hat sich Frankreich grundsätzlich zu Verhandlungen über die Rheinlandsräumung bereit erklärt, so stellt man Gegenforderungen finanzieller Natur. Kaum muß man erkennen, daß man damit nicht weiterkommt (?), so taucht die Kontrollforderung wieder auf, von der anfangs in Genf überhaupt nicht die Rede gewesen war. Das würde zur deutsch-französischen Annäherung durchaus nicht beitragen. Der ganze Kontrollgedanke ist durch die deutsche Friedenspolitik (?) überholt.“ (?)

Der „Vorwärts“ verlegt sich dann mit dieser Kommentierung des Standes der Räumungsverhandlungen selbst ein Schlag ins Gesicht, indem er mittelt, daß Hermann Müller in einer der Räumungsverhandlungen Briand eine vom 16. Juli 1919 in Paris von Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichnete Geheimabmachung vorgelegt habe, in der es u. a. heißt: „Wenn Deutschland zu einem früheren Datum den Beweis seines guten Willens und befriedigende Garantien für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben haben sollte, sind die beteiligten Regierungen bereit, zu einem Uebereinkommen über eine frühere Beendigung der Besatzungsperiode unter sich zu gelangen.“

Hermann Müller wollte durch die Verlesung dieser Geheimabmachung einen Druck auf Briand zu Eingeständnissen in der Räumungsfrage ausüben. Briand aber habe nach der Verlesung dieser Urkunde erklärt, sie sei lediglich ein Fehlen Papier mit Rücksicht auf die Tatsache, daß eine der Signatarmächte (Amerika) den Versaillesvertrag nicht unterzeichnet habe.

Nach deutlicher im Gegensatz zum „Vorwärts“, der absolut die deutsche Delegation mit „großen Erfolgen“ heimkehren lassen will, stellt der Korrespondent des „Echo de Paris“, Fernoux, die Sachlage in Genf dar, indem er seinem Blatt über das Auftreten und die Rede Lord Cushenduns in der ersten Konferenz zur Räumungsfrage

berichtet, daß Lord Cushendun auf die Forderung Müllers zur früheren Rheinlandsräumung geantwortet habe:

„Ueber die Auslegung des Vertragsartikels und über die Rechtsfrage werden wir uns niemals verständigen.“ — Nach dem Korrespondenten der Pariser Zeitung „Le Devoir“ hat ein französischer Delegierter in Genf sich zu der Räumungsfrage bahngedend geäußert: „Es ist abgemacht, daß das Reich (Deutschland) uns für die frühere Räumung des Rheinlandes keine Gegenleistung anbietet. Es handelt sich einfach darum, mit den Deutschen zu prüfen, was sie uns „freiwillig“ bewilligen würden, wenn wir ihnen „freiwillig“ die Aufhebung der Rheinlandsbesetzung gewähren.“

Das „Berliner Tageblatt“, das diese beiden letzten Äußerungen zitiert, meint zu der letzteren, daß die französische Delegation damit die erwarteten finanziellen Leistungen Deutschlands nicht mehr als Gegenleistung im geschäftlichen Sinne des Wortes für eine frühere Räumung ansehen will. Dieser Kommentar des „B. T.“ ist zwar auch nur ein Spiel mit Worten, aber er läßt im Gegenteil zum „Vorwärts“ deutlich durchblicken, wie die Dinge in Genf bei den Räumungsverhandlungen stehen, nämlich, daß die deutsche Delegation wohl oder übel vor der französischen und englischen Auffassung kapitulieren muß.

Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlengebiet

Die am Dienstag geprüften Verhandlungen zwischen den Vertretern der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter und den Unternehmern sind bekanntlich auf nächsten Montag, den 17. September, vertagt worden. Die Grubenbarone haben unumkehrbar den Reichs- arbeitsminister Wüst, einen Schlichter zu bestellen, der die Arbeits- und Löhnerhöhung und auch den Manteltarifvertrag durch einen Schiedsspruch beendigen soll, falls die am 17. September andauernden Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen.

Putzpläne in Spanien

Nach einer Meldung der Havas-Agentur aus Madrid soll in Barcelona ein „Komplot“ gegen Primo de Rivera und die Monarchie durch die Polizei aufgedeckt worden sein. In Barcelona, Madrid und zahlreichen anderen Städten sollen insgesamt mehrere Tausend Personen verhaftet worden sein. Unter den Verhafteten sollen sich viele Soldaten der Garnison von Saragossa, sowie mehrere Abgeordnete und Senatoren befinden. In Madrid wurde angeblich der Brigadegeneral Lopez Acha, ein Gegner Riveras, als Anführer des „Komplots“ verhaftet. Nach anderen Meldungen sollen auch Kommandanten verhaftet sein.

Der Ausbruch der revolutionären Bewegung soll angeblich für kommenden Donnerstag, den Jahrestag der Errichtung der Diktatur Riveras, geplant gewesen sein.

Wie das „Journal“ ergänzend zu den Ereignissen in Spanien sich aus Madrid berichten läßt, ist der frühere Direktor des republikanischen Organs „Pais“ in seiner Wohnung in Barcelona unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Die Zahl der in Barcelona verhafteten Persönlichkeiten beträgt 87. Unter den beschuldigten Militärpersonen soll sich kein Generalsstabsoffizier befinden. Die meisten Truppen werden in ihren Garnisonen abzurufen gehalten. Die Regierung ist überzeugt, daß sie alle Fäden des Komplotts in der Hand hält. Die Zensur, die seit Dienstag alle telephonischen Verbindungen mit dem Auslande unterbrochen hatte, ist ein wenig gelockert worden.

Wieder eine Dampferkollision auf der Elbe

Hamburg, 13. September. Eine schwere Kollision zwischen zwei Seebauern hat sich am Mittwoch auf der Unterelbe ereignet. Der 6000 Tonnen große nach Ostafrika ausgehende Hamburger Dampfer „Glaus Rickmers“ ist bei Fahrensamb mit dem von Montreal aus kommenden 7000 Tonnen großen italienischen Dampfer „Gloria Camur“ in Kollision geraten. „Glaus Rickmers“ wurde so schwer beschädigt, daß er im sinkenden Zustande vor der Einfahrt der „Kühdau“ auf den Strand geschoben werden mußte. Der italienische Dampfer ist mit schweren Beschädigungen und mit vollständig eingedrückt dem Bug in die Werft geschleppt worden. Die Besatzung des Hamburger Dampfers konnte gerettet werden.

Kleine Nachrichten

Miesenbrand in der Slowakei. — Das Unbesatzungs- und 40 Wohnhäuser zerstört. — Am 13. September. Am Dienstagmittag brach in Trebšov in der Slowakei ein Brand aus, der sich bei dem starken Wind schnell auf die mit Stroh gedeckten Häuser der Ortschaft ausbreitete. Die Rettungsarbeiten wurden durch Wassermangel beeinträchtigt. Der Feuerbrand stielte 40 Wohnhäuser und 80 Wirtschaftsgebäude samt dem Anbau und zahlreichen Vieh zum Opfer. Auch das berühmte Unbesatzungs-Schloß wurde durch den Brand zerstört. Der Schaden wird auf zwei Millionen geschätzt.

Am Sonnabend Ministerrat in Berlin. — Am 14. September. Die der „Vorwärts“ berichtet, werden sich am Sonnabend die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichstages mit den Fragen beschäftigen, die durch die bisherigen Räumungsverhandlungen in Genf aufgeworfen worden sind. Der Reichstagspräsident werde natürlich an dieser Sitzung nicht teilnehmen.

Amerika erkennt die Monarchie Albanien an. — Am 14. September. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung die Monarchie in Albanien anerkannt.

Sozialdemokratischer Parteitag im Frühjahr in Magdeburg. — Am 13. September. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der sozialdemokratische Parteitag die Einberufung des Parteitag am 13. und 14. Oktober beschlossen, der die Parteitag des nächsten Jahres beschließen soll, damit die Partei ihre grundsätzliche Stellung zum Wehrproblem überprüfen und neu festlegen kann. Als Ort des Parteitag ist Magdeburg in Aussicht genommen.

Die Regierungskrise in Bulgarien. — Am 13. September. Ministerpräsident Liaptschew erhielt am Mittwoch zum dritten Male vom König den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts. Eine Verammlung der Mehrheitspartei, die von 140 Abgeordneten besucht war, gab Liaptschew die Vollmacht, das Kabinet nach seinem Gutdünken zusammenzusetzen. Darauf legte Ministerpräsident Liaptschew um 19 Uhr dem König die Liste des neuen Kabinetts vor. Diese Liste stimmt mit dem alten Kabinet völlig überein, nur ist Kinnosoff als Eisenbahnminister neu hinzugekommen. Kinnosoff ist ein vertrauter Freund des Kriegsministers Balkoff.

Die Delegationsarbeiten der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. — Am 12. September. Am Mittwoch haben die Delegationen zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen an dem Material in den einzelnen Kommissionen gearbeitet. Dienstag berieten die Kohlenkommission und die Rechtskommission. In letzterer wird die Frage des Anstellungs- und Niederlassungsrechtes behandelt. Am Donnerstag wird die Zolltarifkommission zum erstenmal zusammentreten, die auf polnischer Seite von Oberregierungsrat Goldmann geleitet wird. Am Sonnabend wird die Veterinärkommission beraten. Der Termin der nächsten Vollversammlung wird erst nach diesen Beratungen festgelegt werden.

Der Betriebsmord

13 Erzählung von Otto Glösa

Einer schob sich durch die Türrahmen. „Gottverdammt, was hast du denn alle hier und greift nicht zu. Sperre bloß die Türen auf. Eine Leiter her. — Verbändzeug — fahrt einer zum Arzt — nimmst du das. — Fahrt auf, daß der vorn die Maschine nicht laufen läßt — ich will runter.“

Er stand an der Grube, einen Arm schon nach der Leiter ausstreckend, mit der anderen Hand Schweiß von der Stirn wischend.

„Hier gehört eine Barriere her — aber erst muß einer verunglückt — die Gewerkschaften läßt sich seit Jahr und Tag nicht sehen.“

„Und wenn sie kommt.“ sagte ein anderer, „dann hat sie Fred im Auge.“

Die Leiter war da, sie hingen zu dritt in die Grube. Die Glieder hingen im Getriebe, um den Rumpfhaken herauszubekommen. mühten Teile des Getriebes auseinanderzunehmen. Die Hände zitterten bei dieser Arbeit. Der den Schrauben Schlüssel ansetzen wollte, kam mit einer Hand nicht zurecht. Die andere Hand mußte den Schlüssel vorn auf die Mutter aufsetzen, als müßte eine Hand der anderen zu Hilfe kommen, eine die andere beruhigen. Man legte den Rumpfhaken und die Glieder neben der Grube auf einen Haufen, wartete ein paar alte Säcke darüber.

Die Frauen ließen schreiend davon, als die blutigen Menschenhäute herabgebracht wurden. Eine, die durch eine andere Türe rein kam, warf schnell die Schürze vors Gesicht, trat zurück, jammerte.

„Ach — der arme Alfred — vor ein paar Tagen hat er mir noch erzählt, er hält einen neuen Anzug beim Schneider. Er tat sich so darauf freuen, weil er sich solange nichts hat anschaffen können. — Der arme Keil hat sich Gott noch nicht viel geholt von seinem Leben. Kaum war er aus der Schule, kam der Krieg, und es gab ja nichts wie ein hübsches Käppchen, und dann war er ein

paarmal krank und er war ja auch ein schwaches Kerlchen. — Mancher Mensch soll aber auch nicht froh werden.“

Pantraz schob die Frauen von der Tür weg. Ichre schon von weitem: „Was ist da wieder?“ Die Arbeiter sahen ihn herausfordernd lächeln an. Pantraz trat ihm entgegen. „Das haben Sie von Ihrer Treiberei!“ Klemenz bahnete sich einen Weg zu dem Betriebsleiter und sagte laut, weil es alle Kollegen hören sollten: „Ich habe es Ihnen mehr wie einmal gesagt, Herr Doktor, an dem Botzich sind immer drei Mann gewesen und gehören drei hin. — Nun haben Sie das Malheur! Aber was unsereins sagt, das ist nicht wahr.“

Pantraz sah betreten auf den bedeckten Haufen, unter dem ein paar schmale Knochen fast hervorzorren. „Ist der Mann tot?“ Es antwortete niemand. Pantraz trat ein paar Schritte näher, ein Arbeiter griff nach der Dede. Pantraz wehrte bittend ab. „Lassen Sie — ich mag das nicht sehen.“ Er ging auf Klemenz zu. „Es ist doch länger als eine Woche gegangen — und nichts passiert — warum gerade heute — war der Mann nicht gesund? — Oder ist er doch unvorsichtig gewesen?“ „Unvorsichtig, das ist ständig Ihre Redensart.“ sagte Klemenz und wandete sich ab von Pantraz, sah seine Kollegen an. Pantraz schweig, sah ihnen auf die versammelten Arbeiter, bis sich auf die Lippen, fürchtete, zur Rechenschaft gezogen zu werden, sagte Klemenz: „Hätte man hier ein paar Körner Sand gestreut — wäre es nicht passiert — draußen liegt der Sand — wenn man aber nicht an alles selber denkt — ich habe doch mehr im Kopfe und kann nicht immer bei jedem einzelnen beistehen.“

Das lang entschuldigend und kummertlich vernehmend. Die Arbeiter waren außerdem niedergelassen und nicht zum Streit aufgeleitet. Als habe die Nähe dieses fürchtbaren Todes sie alle geschwächt, war ihr Schmerz härter als der Wille zur Empörung. Sie sahen einander an und einer las im Gesicht des anderen: diesmal war ich es noch nicht — aber ich hätte es auch sein können. Langsam wollte der Schreck aus ihren Gliedern weichen.

Da fiel Pantraz in sich selbst zurück, gewann seine Eicherheit, wurde immer größer, fand wieder da als Betriebsleiter, zeigte auf den menschlichen Haufen und befaß dem Werkmeister: „Lassen Sie das bald wegstaffen — dann gehen die Leute wieder an ihre Arbeit.“

Diese brutale Anweisung nach den Arbeitern in die Gehirne: sie sahen einander an wie angegrichtes Vieh. — Konnte ein Mensch, dessen Blut noch warm sein mußte, schon ein das, ein Gegenstand sein, der bald weggeschafft werden sollte, um der Produktivität nicht

länger im Wege zu liegen? — Der erste, der sich ermannte, rief: „Kollegen, heute tun wir keinen Griff mehr — und nehmen sofort Stellung zu dieser Betriebsmorderei. Das darf nicht so weitergehen.“ Seine Stimme kam tief heraus wie aus der Empörung eines Geschloffenen, war heiß und drang beunruhigt in das Gehör der anderen ein. Sie liefen auseinander und sammelten sich wieder im Anlaufraum.

Es wurde wenig gesprochen. Die Belegschaft sah zusammen wie eine große Familie, von der plötzlich der Tod ein Glied losgerissen hat, darum enger und verbundener als je ist. Man beschloß, den Betrieb für den Rest des Tages stillzulegen, am Tage der Beerdigung ebenfalls demonstrativ zu feiern und geschlossen an der Beerdigung teilzunehmen. Von der Betriebsleitung über zu verlangen, die verlorene Zeit zu bezahlen und die entlassenen Leute wieder einzustellen.

Als der Betriebsrat diese Forderungen dem Pantraz unterbreiten wollte, war er in seinem Büro nicht zu finden. Er hatte sich bereits in seine Privatwohnung verrochen, lauerte dort zwischen Furcht und Mut.

Der Direktor erfuhr am Samstag im Hotel „Zum Schwan“ vom dem Unglück, nickte bedauernd mit dem schweren Kopf. Ein Gefühl der Mitschuld tauchte blüßhaft in ihm auf. Er sagte zu seinen Tischgenossen: „Solange ich es weiß, ist in meinem Betrieb noch keiner ums Leben gekommen — der Mann muß unvorsichtig gewesen sein.“

Oberforstrat von Fiebig tröstete den Direktor. „Ach, es kommen ja heutzutage genug Menschen ums Leben und die meisten auf unfinnige Weise. — Wenn einer bei seiner Arbeit ums Leben kommt, ist das in Gottes Namen nicht immer zu verhindern.“

Die Herren am Stammtisch wurden sich darüber einig, daß es letzten Endes der Friedensvertrag von Versailles sei, der die deutschen Fabrikanten zwingt, die Leute zu entlassen und ins Unglück zu treiben.

Mit der Zeit half Wein über diese böse Nachricht hinweg.

Erst auf dem Nachhausewege dachte der Direktor wieder an das Unglück. „Jetzt kriegt ich womöglich noch Frau und Kinder auf den Hals.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil: Rudolf Reiter, Bonn. Für die Redaktion: Hans Reiter, Bonn. Für die Verlagsverwaltung: Hans Reiter, Bonn. Für die Druckerei: Hans Reiter, Bonn.

Oberschlesien

Was geht bei der Flüchtlings- baugenossenschaft Hindenburg-Nord vor?

Wir erhalten folgende Denkschrift einiger ausgeschlossener Mitglieder der Baugenossenschaft „Hindenburg-Nord“ mit der Bitte um Veröffentlichung. Diese Denkschrift ist auch der Stadtverordnetenversammlung zugestellt worden.

Die unterzeichneten Genossen erlauben sich, den Jammerzustand der Flüchtlings-Bau- und Spargenossenschaft „Hindenburg-Nord“ vorzutragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung in letzter Stunde um schnellste Hilfe.

Wir ober-schlesische Flüchtlinge mußten unsere frühere Heimat verlassen und nachher in Schulan und kalten Mietwohnungen hausen. Im Jahre 1923 wurden Flüchtlingsbaugenossenschaften gegründet mit Hilfe von Staatsgeldern. Dieser Baugenossenschaft sind wir beigetreten, haben hohe Spareinlagen eingezahlt und durch Selbsthilfe am Bau mitgeholfen, weil uns diese Siedlungen von der Regierung als Eigenheim versprochen wurden. Dazu kommt noch, daß die Genossen ihre ganzen Verdrängungsschäden der Genossenschaftskasse einzahlten.

In unserer Siedlung hat sich eine Opposition gebildet, die der Wirtschaft des Vorstandes nicht länger zusehen konnte. Zum Beispiel sind die Defen der Siedlung mit 64 000 Mark gebucht und Losen laut einer besitzenden Urkunde nur 24 000 Mark. Der Bau des Gerhards-Wagner-Beges ist mit 11 500 Mark gebucht und kostet 6000 Mark u. a. m.

In einer Vorstandssitzung äußerte sich der Ausschichtsvorsitzende Herr Stephan: „Hier liegt ein großer Betrug vor, und die Opposition muß ausgeschlossen werden.“ Durch die Maßnahmen des Vorstandes sind wir Genossen, um uns den Mund zu stopfen, aus der Genossenschaft ausgeschlossen worden, trotzdem wir auch die Mieten zahlten. Heute dieses Auspruchs des Herrn Stephan ist Ausschichtsratsmitglied Karl Nagel, Flüchtlingsstaltung.

Die von Seiten des Vorstandes getroffenen Maßnahmen gegen die in der Opposition stehenden Genossen gingen so weit, daß der erste Genosse am 2. Juni d. J. emigriert wurde, ohne daß diesem seine auf das Eigenheim gezahlten Spareinlagen ausgezahlt worden wären. Auch wir unterzeichneten Genossen sind zu einer Rückzahlung ohne

Erfahrung verpflichtet, trotzdem wir unsere Mieten zahlten und sehen einem neuen zweiten Flüchtlingselend entgegen.

Wir sind für vogelfrei erklärt, denn die Regierung hat uns zwar Wohnungen geschaffen mit Hilfe unserer Arbeitsstunden und Spareinlagen, aber sie gewährt uns keinen Schutz. Durch die Genossenschaft verlieren wir armen Flüchtlinge unsere Wohnung sowie die eingezahlten Spareinlagen und Verdrängungsgelder.

Bemerkenswert ist, daß die Siedlungen unserer Statuten gemäß nur für unbemittelte ober-schlesische Flüchtlinge bestimmt sind, und werden wir jetzt durch die Maßnahmen des Vorstandes auf die Straße gesetzt. Nicht-Flüchtlinge, die gut bemittelt sind und sogar Wohnungsgelder erhalten, bezahlen unsere durch Schwelgerei aufgebauten Eigenheime. Weiter wollen wir noch anführen, daß Genossen mit schwerverkranken Frauen ausgehegt werden, was ein direkter Hohn ist.

Der Genosse Kasperczyk hat seine Frau durch schwere Arbeit beim Siedlungsbau verloren und trotz seiner Mietzahlung die Wohnung eingebüßt. Die Siedlungsgaststätte wird durch Freimachung einer Wohnung vergrößert, wodurch eine Wohnung verlorengeht, obwohl die Vergrößerung der Gaststätte nicht notwendig ist, da sie bis jetzt jahrelang dem Zweck genügt.

Um die trassen Zustände zu beseitigen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß das Stadtparlament uns in der schwer bedrängten Notlage Hilfe angedeihen läßt und eine solche Mikrowirtschaft in der Genossenschaft ausmerzt. Das Stadtparlament bitten wir ganz ergebenst, nach hier eine Kommission entsenden zu wollen, damit weitere Räumungen, die in Kürze gegen uns vorgenommen werden, zu verhindern. Um wohlwollende Behandlung dieses Antrages bitten die ausgeschlossenen Genossen der Flüchtlings-Bau- und Spargenossenschaft „Hindenburg-Nord“ in Hindenburg D. S.

geb.: Franz K o s u b, Damaskstraße 22,
Richard B a s t e, Damaskstraße 22,
Julius K u n s c h, Paul G o z a j,
Margarete S c h m i d t.

Da diese Angelegenheit wahrscheinlich auch das Stadtparlament beschäftigen wird, wollen wir vorläufig auf die schwerwiegenden Vorkwürfe nicht näher eingehen, sondern nur feststellen, daß eine sofortige Untersuchung der ganzen Angelegenheit dringend erforderlich ist.

Bezirkskonferenz der Eisenbahner

Drohungen gegen die wachsende Opposition.

Am Sonntag tagte die tagungsgemäße Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes. Die Tagesordnung war: 1. Begrüßung und Eröffnung; 2. Bericht der Bezirksleitung; 3. Die Aufgaben der Organisation; 4. Wahl der Bezirksbeiratsmitglieder; 5. Wahl der Beamtenschaftsgruppenvornänner; 6. Die Beamtenschaftswahlen; 7. Verschiedenes.

Anwesend waren 20 Ortsgruppen, die durch 27 Delegierte vertreten wurden. Hervorzuheben ist eine gesunde Aufwärtsentwicklung, welche sich in der Zahl der Delegierten gegenüber der Konferenz, die vor drei Monaten stattfand, zeigte. Auf dieser Konferenz waren auf Grund der Mitgliederzahl nur 22 Delegierte vertreten, und innerhalb der kurzen Zeit hat sich die Mitgliederzahl des Einheitsverbandes so erhöht, daß am Sonntag auf der Konferenz 27 Delegierte waren. Erwähnenswert für die Entwicklung des Einheitsverbandes ist die ansehnliche Zahl von Beamtenschaftskollegen in den Reihen der Delegierten. Ein gutes Zeichen für die bevorstehende Beamtenschaftswahl.

Auch innerorganisatorisch ist pulsierendes Leben zu verzeichnen. Die Konferenz hatte sich zum erstenmal mit einem Einspruch über Ungültigkeitserklärung von Mandaten der Ortsgruppe Gleiwitz zu befassen, da die Delegierten nicht tagungsgemäß in einer Mitglieder-versammlung, sondern zu einem bestimmten Zweck in Sektionsversammlungen gewählt wurden.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Blättermann als Bezirksleiter. Abgesehen von der Tatsache der guten Entwicklung der Organisation im Bezirk, waren die Ausführungen gegen die in der Gewerkschaftsbewegung vorstürmende Richtung der Opposition und das „Eisenbahner-Gehö“ gerichtet. Auch kündigte er den Ausschluß des Kollegen Jendrosch an und warnte die Anhänger der Opposition vor dem gleichen Schicksal! Es ist verständlich, daß die Aussprache auf Grund dessen eine sehr rege war. Von beiden Seiten wurden die Ansichten in leidenschaftlicher, aber sachlicher Form vorgetragen. Komisch muteten allerdings die Ausführungen des Ortsbeamten von Gleiwitz, des Kollegen Kontrowitz, gemüht auf die Opposition, an. Er erklärte, daß die Opposition von Kollegen getragen wird, die in einem Lebensalter sind, in dem er sich auch einmal besand, aber jetzt schon merklich „abgekühlt“ sei. Mit den Angriffen auf das „Eisenbahner-Gehö“ fand Blättermann bei den Kollegen keine Gegenliebe, weil diese den Wert des Blattes, das eine scharfe Waffe im Kampf gegen die Dames-Eisenbahn ist, erkannt haben. Diese Tatsache wird auch nicht abgelehnt, wenn das „Eisenbahner-Gehö“ Nebenstände der Gewerkschaftsleitung kritisiert. An gesunder Kritik ist noch kein Mensch gestorben, und auch keine Organisation wird dabei zugrunde gehen. Im Gegenteil, ohne Klarheit keine Einheit, und ohne Einheit keine Kraft.

Kollege Johnde sprach als Vertreter des Hauptvorstandes über „Die Aufgaben der Organisation“. Seine Ausführungen galten hauptsächlich der geschichtlichen Entwicklung der Organisation und hoben den ethischen Wert derselben hervor. Ohne den Wert dieser Ausführungen abzulehnen, muß gesagt werden, daß die Kollegen doch erwarten, zu erfahren, wie sie ihren hungrigen Magen befriedigen können. Und hier zeigte es sich, daß es doch von großem Wert ist, eine Opposition vorzuführen, welche nicht so „abgekühlt“ ist, wie der Kollege Kontrowitz.

Kollege Schwalek-Doppin bemerkte in der Aussprache, daß wohl die Ausführungen sehr wertvoll seien, aber die Frage, wie verbessern wir unseren Lohn, ist für den Arbeiter eben so wichtig und steht im Vordergrund. Er unterbreitete nachstehende Entschliebung, die auch angenommen wurde:

„Die heute am Sonntag, dem 9. September 1928, in Warschau tagende ordentliche Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, stellt fest, daß im Frühjahr dieses Jahres eingetretene minimale Lohnsenkung in keinem Verhältnis zu der Lebenslage der Eisenbahner stand. Seit dem Inkrafttreten dieser Lohnsenkung ist eine merkwürdige Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens eingetreten, welche die Lohnverhältnisse unerträglich macht. Hierzu kommt noch, daß eine Jahrzeit vor uns steht, die infolge der Anschaffung von Wintervorräten keine Preislenkung, ja im Gegenteil eine Preissteigerung mit sich bringen wird. Angesichts der Tatsache,

daß das Lohnabkommen bis zum 31. Januar 1929 abgeschlossen ist, sieht die Eisenbahnerschaft mit Grauen den neben der Preissteigerung an und für sich schon teuren Wintermonaten entgegen. Die tagende Bezirkskonferenz stellt auf dem Standpunkt, daß diese Verhältnisse untragbar sind. Sie verlangt vom Hauptvorstand, mit der Einleitung einer Lohnbewegung nicht erst bis zum Ablauf des Lohnabkommens (31. Januar 1929) zu warten, sondern schon jetzt auf Grund der Tenierungsverhältnisse Mittel und Wege zu beschaffen, um zu einer Lohnausbesserung zu gelangen.“

Die Wahl der Bezirksbeiratsmitglieder machte infolge der guten Entwicklung in der Organisation auch eine Änderung notwendig. Es war nicht angängig, daß in einer Körperschaft, welche über Angelegenheiten des ganzen Bezirks beraten soll, eine Ortsgruppe die Majorität hat. Die einzelnen Ortsgruppen des Bezirks wünschten Berücksichtigung, und es wurden die Kollegen W i o r a - Beuthen, Lohnbediensteter, C h w a l e k - O p p e l n, Lohnbediensteter, H e r m a n n - G l e i w i t z, Lohnbediensteter, F r a n k e l - R a t i b o r, Lohnbediensteter, K ö n i g - G l e i w i t z, Beamter, K u s c h - C o s e l, Beamter, B l e d e r m a n n - K r e u z b u r g, Beamter, W i e s o l - l e t - G l e i w i t z, Beamter, als Mitglieder des Bezirksbeirats gewählt. Die einzelnen Laufbahnschuppen der Beamten wählten noch ihre Obmänner. Auch wurde die Vorschlagsliste für die kommende Bezirksbeamtenschaftswahl aufgestellt. Sehr spät, und zwar um 18 Uhr, fand erst die Konferenz ihr Ende.

Es wird jetzt Aufgabe der Delegierten sein, mit frischem Mut für den weiteren Aufbau der Organisation in ihren Orten zum Wohle der Eisenbahnerschaft zu wirken, damit auf der nächsten Konferenz über einen großen Erfolg berichtet werden kann. Große Aufgaben stehen noch bevor. Die Tenierung steigt; Löhne müssen ausgebessert werden. Den Anstalt hat die Konferenz gegeben. Nach ein Wichtiges muß in den Vordergrund gerückt werden, die Verkürzung der Arbeitszeit. Zu all diesen Aufgaben ist es notwendig, daß die Organisation gestärkt wird. Darum, Eisenbahner, hinein in den Einheitsverband!

Der Gniezherzog von Ratibor endgültig freigesprochen

Staatsanwalt zieht Verurteilung zurück

Von der Anklage der fahrlässigen Tötung eines Kutschers entlastet wurde am 8. November „Prinz“ von Ratibor freigesprochen. Gegen dieses freisprechende Urteil hatte der Staatsanwalt (um die im ganzen Lande herrschende Empörung abzulenken) Berufung eingelegt. Jetzt hat er diese als „ausgeschlossen“ zurückgenommen. Das freisprechende Urteil ist nunmehr rechtskräftig geworden. — Als „Herzog von Ratibor“ hat man wirklich lebenswürdige Staatsanwälte. Arbeiter haben solche für gerechtfertigt nicht!

Hindenburg-Gemeinde- und Staats- arbeiter gegen Panzerkreuzer und gegen Mandat-raub

Vor einigen Tagen fand in Hindenburg eine Mitglieder-versammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes statt. Als erster Punkt fand auf der Tagesordnung „Politische Lage“. Der Kollege W. stellte zu den Schandthaten des A. O. W. - Kongresses in Hamburg und der Bewilligung des Panzerkreuzers sprechen. Das gestiefelte anwesenden ehemaligen Filialleiter R. nicht und er verlangte, daß der erste Punkt als letzter behandelt werden sollte. Der Vorsitzende W. ließ darüber abstimmen und es wurde gegen R. 23 Stimmen beschlossen, über die politische Lage im ersten Punkt zu sprechen. Demonstrativ verließ R. darauf die Versammlung und begab sich in die Scheune, um seine Zeit durch Einatmen einiger Korner zu tilgen. Er ist Mitglied der SPD und wollte den Herrat des SPD-Vorstandes und der SPD-Kreuzerminister nicht hören. Als nach etwa

einer Stunde Kollege W. sein Sekretar beendet hatte, erlöschte R. wieder im Saale. In dem Sekretar wurde die Zustimmung der SPD-Mitglieder zum Bau des Panzerkreuzers ausgedrückt. In dem Saale, was in der Versammlung fürnächste Zustimmung fand. Darauf wurden zwei Entschliebungen zur Abstimmung gebracht und gegen die Stimme des SPD-Manes R. n. z. o. angenommen. (Den Wortlaut der Entschliebung siehe im politischen Teil!)

Gleiwitz

Was kostet der Besuch Hindenburgs in Oberschlesien?

Darüber berichten die kommunisistischen Stadtverordneten und Provinzialparlamentsabgeordneten in der

Öffentlichen Kundgebung

am Sonntag, vormittags 11 Uhr, auf dem Wilhelmplatz. Alle Zeitungslieferer werden aufgefordert, unter ihren Bekannten und Arbeitskollegen auf den Arbeitstätten und in den Wohnungen Propaganda für den Besuch dieser wichtigen Kundgebung zu machen.

Beuthen

Einen Garrañi-Kreger niedergeschlagen. Als sich der Führer der Regentruppe, die der Julius Garrañi mitführt, nach Schluß der Vorstellung in ein Lokal in der Schickhausestraße begab, wurde er dort von den Gebrüder Buchholz überfallen und mit einem Stuhle so schwer auf den Hinterkopf geschlagen, daß er bewußtlos zusammensank. Außerdem brachten sie dem Schwarzen noch einen Messerstoß in den Nacken bei. Der Schwerverletzte mußte nach dem Krankenhause gebracht werden.

Kreuzburg

Untergautreffen in Kreuzburg. Das in Kreuzburg zum ersten Male veranstaltete Untergautreffen des Roten Frontkämpferbundes zeigte, daß die Frontarbeit des Klassenbewußten Proletariats immer weitere Erfolge zeitigt. Trotz größter Schwierigkeiten, die man der dortigen Ortsgruppe des RFB. von Seiten der Behörden in den Weg legte, trotz der Schatzkassentrennung Lokalkräften, gestaltete sich dieses Treffen, an welchem sich die Arbeiterchaft von Kreuzburg rege beteiligte, zu einer mächtigen Kundgebung. Mehrere Hundert beteiligten sich an dem am Sonnabend veranstalteten Fackelzug. Das Sonntagskonzert am Ring, ausgeführt von der Oppelner Schalmeienkapelle, wurde von Tausenden Menschenmassen umlagert und freudig begrüßt. Um 2 Uhr formierte sich ein Zug von etwa 500 Personen, die demonstrierend durch die geschmückten Straßen zogen. An der Kundgebung auf dem Ring beteiligten sich etwa 1500 Personen. Als Vertreter der Leitung sprach der Kamerad D r z y m a l l a, der auf die Kriegslieferungen einging. Er brandmarkte die Lügen der Sozialdemokratie und ihren Hilfsschwein für den neudeutschen Imperialismus, ihre Stellung zum Panzerkreuzerbau, während Rot und Glend in den Gärten der Schaffenden wüthen. Nach dem noch Vertreter für die RPD, sowie die Roten Jungfront gesprochen hatten, alle unter dem Befehl der versammelten Masse, marschierte der Zug nach dem Sportplatz, wo man noch lange beisammen blieb.

Ratibor

Verammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Am Sonntagvormittag tagte die Mitglieder-versammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Auf der Tagesordnung standen fünf Punkte. Ehe in die Tagesordnung eingegangen wurde, brachte die Opposition eine Resolution ein. Zu ihr sprach Kollege H a l a m o d a und geißelte die Politik der SPD. Das bezeichnete der Kollege N i e m i a d o m s k i (exter Betriebsratsvorsitzender) alles als „Du a l t s c h“. Diese Beleidigung rief stärkste Entrüstung hervor und Herr Niemiodomski wurde ganz schwermütig zumute. Dann folgte die Abstimmung. Die Resolution wurde mit Zweidrittelmehrheit niedergestimmt. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetretene. Zum ersten Punkt, „Bericht von Köln“, sprach Kollege N i e m i a d o m s k i und leitete einige Phrasen herunter. Zum zweiten Punkt, „Bericht über den Kursus in Pantow“ sprach Kollege S i n d a l s c h und erzählte, wie sich die Kursusteilnehmer amüsierten, z. B., daß dort eine italienische Nacht veranstaltet wurde, daß die Teilnehmer zu einer SPD-Versammlung eingeladen wurden, wo sie so viel saßen, daß sie am nächsten Tag beim Kursus nicht einmal den Aufsch machen konnten. Zum dritten Punkt, „Freie Volksbühne“, und zum vierten Punkt, „Mittelordnungs“, sprach Kollege Niemiodomski und wies nach, daß die Mittelordnungs vom Magistrat immer verschleppt wird. Es wurde eine Entschliebung angenommen, nach der die Mittelordnungs auf dem schnellsten Wege in Kraft treten soll. Kollegen der Kommunalbetriebe! Erkennt endlich einmal, daß ihr von den Panzerkreuzerobjekten immer an der Nase herumgeführt werdet. Stärkt die Opposition!

Oppeln

Vorbereitungen zum Volksbegehren in Oppeln. Bildung eines Komitees zur Durchführung des Volksentscheides in Oppeln am Sonntag, dem 18. September, vormittags 10 Uhr, im alten Schützenhaus. Alle Organisationen, die gegen die Rüstungspolitik der deutschen Regierung sind, werden aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Einladung an Hindenburg. Trotdem Hindenburg schon seine Propagandatour festgelegt hat, werden wir ausdrücklich erlucht, den Herrn „Ketter“ a u c h einzuladen. Und zwar sind es die W a r d e n - b e w o h n e r aus allen Stadtteilen, die laut Programm samt ihren Angehörigen dem hohen Auge entzogen werden und Wert darauf legen, Hindenburg einzuladen. Die Baradenbewohner möchten dem „Ketter“ einmal zeigen, wie Proletarier in seiner Republik wohnen müssen. Ob Paul kommen wird?

Bei der Dames-Bahn das Leben gelassen. Der Kürsch auf dem Hofbahnhof verunglückte Schaffner M e n z e l, über dessen Unfall wir berichteten, ist am Mittwoch seinen Verletzungen erlegen.

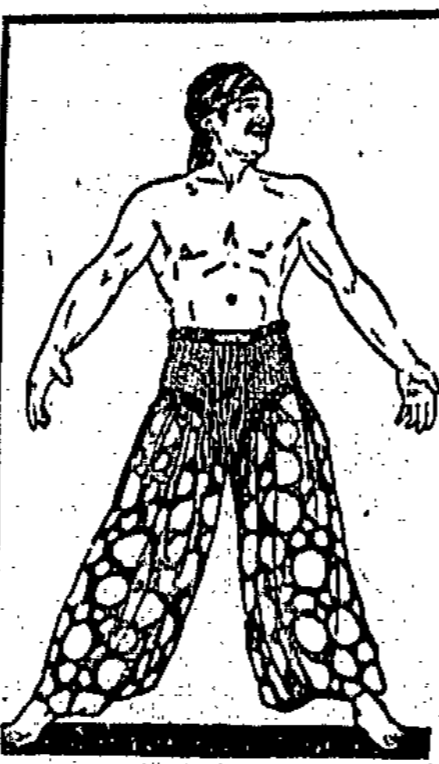
Gemeinsame außerordentliche Mitglieder-versammlung des Partei und des Roten Frontkämpferbundes am Sonnabend 10.30 Uhr im Saale des alten Schützenhauses. Tagesordnung: Der Hindenburgbesuch. Es wird von allen Mitgliedern erwartet, daß sie erscheinen.

Versammlungskalender

Sonnabend, 15. September:
Oppeln. RFB. 10.30 Uhr im alten Schützenhaus außerordentliche Mitglieder-versammlung.
— RPD. 10.30 Uhr im alten Schützenhaus außerordentliche Mitglieder-versammlung.
Freitag, 14. September:
Oppeln. RPD. Zelle Stadt. Mitglieder-versammlung im bekanntem Sitzungszimmer.
Sonntag, 16. September:
Hindenburg. Jugendverband. Ausmarsch nach der Rathower Schmelz. Sammeln um 6 Uhr früh am Bahnhof. Abfahrt: 6.49 Uhr (Sonntagsfahr bis Gleiwitz). Sonderfahrkarte sind mitzubringen.

Verenigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 15. 9.
 bis Freitag, den 21. 9.
 täglich 20 Uhr
Hokuspokus
 von Curt Goetz
 Sonnabend, 22. 9., 20 Uhr:
 Neulustentour
Der lebende Leichnam
 von Leo Tolstoi

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, den 15. 9.
 bis Freitag, den 21. 9.
 täglich 20 Uhr
 Arm wie eine Kirchenmaus
 Sonntag, 16. 9., 16,30 Uhr:
 Arm wie eine Kirchenmaus
 Sonnabend, 22. 9., 20 Uhr:
 Zum ersten Male
Der Prozeß Mary Dugan
 von Bayard Veiller



Große Begeisterung
 bei Alt und Jung
 für den schönsten Film der
 1000 Wunder
Douglas Fairbanks als
Dieb von Bagdad
 Anna May Wong
 Mongolische Sklavin
 verkörnern meisterhaft
 ihre Rollen.
 Liebe für die Frauen
 Abenteuer für die Männer
 Endlose Freude für die
 Kinder — Großartige
 Unterhaltung für Alle!
 Sie dürfen das Film-
 wunder nicht versäumen!
Dieb von Bagdad
 Nur noch einige Tage!
 Letzte Gelegenheit!
 Jugendliche willkommen!

Promenaden - Theater
 Am Dominikanerplatz

Billiger Fleisch-Verkauf!
 Schweinefleisch . . . Pfd. 1.00—1.10
 Schweinehälften . . . " 1.80
 Schweine-Roteletts . . . " Pfd. 1.80
 Rindfleisch o. Knoch. Pfd. 1.10—1.80
 Suppenfleisch . . . " 0.70—1.—
 Kalbfleisch . . . " 1.10—1.20
 Kalbfleisch o. Knoch. " 1.20—1.80
 Rauhfleisch . . . " 1.10—1.20
 Wildfleisch . . . " 1.00—1.20
 Feischer Speck (deutsch) . . . 1.00—1.10
 Ausgeb. Schweinefett (deutsch) . . . 1.00
 Gulaschfleisch . . . Pfd. 0.90—1.10
 Gehacktes . . . von 0.80 an
 Feische Schweinstöpfe . . . Pfd. 0.60
 Schweinstotten . . . Pfd. 1.20—1.80
 Lungenfett . . . " 1.00
 Geputzte Gabelne . . . Pfd. 0.90
 Backwurst 0.10 Pfd. Wiener . . . 0.10
 Bratwürstchen . . . Paar 0.20
 Räucherpeck (deutsch) . . . Pfd. 1.10
 Gehackter Schinken . . . 1/4 Pfd. 0.50
 Roher Schinken . . . 1/4 Pfd. 0.50
 Backschinken . . . 1/4 Pfd. 0.55
 Preßtopf u. Mortabella . . . 1/4 " 0.25
 Wetzmesser, Braunschweiger 1/4 " 0.25
 Bebermurr . . . 1/4 Pfd. 0.20—0.40
 Pulnische . . . Pfd. 0.80—1.—
 Feinster Aufschnitt . . . 1/4 Pfd. 0.40
 sowie alle anderen Fleisch- u. Wurst-
 waren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
 Fleischer- und Wurstfabrik, Breslau
 Wollteufelstraße 18 / Fernspr. 25 889

Ämtliche Bekanntmachung
 von Dittersbach
 Die Auszahlung von
 Sozialrente
 Kleinarrente und
 Hilfsbedürftigenunterstützung
 erfolgt **Sonnab., den 15. Septbr. 1928.**
 nachmittags von 1—3 Uhr in der Ge-
 meindehauptkassa (Zimmer 1 des Amts-
 Hauses).
 Beträge, welche an diesem Tage nicht
 abgeholt werden, gelangen Donnerstag,
 20. Septbr. cr., nachmittags von 3 bis
 4 Uhr zur Auszahlung.
 Dittersbach, den 12. Septbr. 1928
 Der Gemeindevorsteher
 R o e b l e r

Schauspielhaus
 Operettenbühne
Breslau
 Telefon Nr. 36800

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Freitag, 19,30 Uhr
 Abonnement-Vorstellung Serie II 1
Garmen
 Sonnabend, 20 Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor
 Sonntag, 19 Uhr
Kobenzlin

Margit Suchy
 vom „Theater des
 Weltens“, Berlin
 Freitag, 20 Uhr:

Gvelhne

Sonnabend, 20 Uhr:
 Zum ersten Male

**Prinzessin
 Ti-Ti-Pa**

Muffl v. Nob. Stolz

Sonntag, 15,30 Uhr:

**Das
 Dreimäderhaus**

Sonntag
 und täglich 20 Uhr:

**Prinzessin
 Ti-Ti-Pa**

Sonntag
 und täglich 20 Uhr:

**Sie verdienen
 Sie täglich**
 10 Mark
 mit Schnürfingel
 Nur persönl. kommen

Reste
 in Serge, Kette, Gein-
 wand, Aermelfutter
 Rohhaar, Garn, Knöpfe
 Kernseife, Erdal
 alles sehr billig
 prima Ware
 Detail und Engros
Berth. Lippert
 Breslau
 Peitzschstraße 16
 Filiale: Oberkr. 17
 Weißberggasse 43

Pianos
 neu von 850 Mk. an
 geb. von 350 Mk. an
**Opore Apparate
 Schallplatten**
 bequem Teilzahlungen!
Martha Schmidt
 Breslau
 Nibelienstraße 54/55

**Billige Arbeitshosen
 Winter-Joppen**
 ganz preiswert
Anzüge, Mäntel
 vom Lager und nach Maß
 in jeder Preislage
Adolf Stenger
 Breslau I, Nikolaistr. 10 II

**Hoher
 Verdienst**
 durch Abonnentenwerbung
 in allen Orten. Meldungen
 bei der **Schlesischen Verlags-
 Gesellschaft m. b. H.**
 Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

**Das neue
 Partiewarenhaus**
 Laurentiusstraße 22
ist eröffnet!
 Sie kaufen dort reelle
Arbeitskleidung
 für jeden Beruf
**Herrn-, Burschen-, Knaben-
 Anzüge** für jede Gelegenheit
 zu allerniedrigsten Preisen
Größte Auswahl!
 Fachmännische Bedienung

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
 Messerschmiedemeister
 Schleif- und Polier-Anstalt
 Stahlwaren - Spezialgeschäft

**Webner's
 Verkaufsstellen**
 empfehlen gute
 und preiswerte
Fleisch- u. Wurstwaren
Dienstag:
 Ausnahmetag in Mortadella

Kind- u. Schweinefleischerei
Ernst Heide
 Breslau, Markthalle Ritterplatz
Stand 27/28

**Wir empfehlen
 unsere
 Buchdruckerei**
 zur Anfertigung von
 Werken
 Plakaten
 Briefbogen
 Rechnungen
 Programmen
 Einlaßkarten
 Flugblättern
 Massenankun-
 gen usw.
 Gute Ausstattung!
 Niedrigste Preise!

PEUVAG
 Papier-Erzeugungs-
 und Verwertungs-
 Aktien-Gesellschaft
 Berlin
Fil. Breslau
 Trebnitzer Str. 50

Pfänder-Auktion
 Mittwoch, den
 19. September
**Leihhaus
 Grundmann**
 Trebnitzer Str. 21

WO
 kauft man gut und billig?
 Nur bei
Josef Kober, Klosterstr. 41
 Berufskleidung, Arbeitersachen
 Hemden / Züchen / Inlett
 sowie alle anderen Bedarfsartikel

Kaufhaus Bach & Bladmänn
 Breslau 23 :: Herdainstr. 44
 Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
**Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl
 zu billigsten Preisen!**

Jetzt wissen Sie es!
 nicht nur Schuhe, auch Wäsche, Strümpfe
 Hüte, Nähmaschinen. — Teilzahlung!
**Kurt Altmann, Ohlauer
 Str. 43!**
 Inserate
 haben guten
 Erfolg

**Fahrräder
 Kinderwagen
 Sprechapparate**
 Beste Fabrikate! Niedrigste Preise!
 Bequeme Teilzahlung!
Hesse
 Breslau, Feib., Ede Alexanderstr.

Fahrräder 10 M. Anzahl.
 3 M. Wochen.
Spremmaschinen, kleine Anzahl.
Nähmaschinen o. n e Anzahlung
Bitfner, Scheiniger Str. 38
 Reparaturen, Emailierung, Ver-
 nicklung. Versand nach außerhalb

Partaigenossen!
 Kauft nur bei den Inserenten
 Eurer Zeitung

**Radio -
 Anlagen und
 Grammophone**
 in allen Preislagen
 Streng reelle und fachmännische
 Bedienung
 Kostenlose Vorführung
 aller Apparate bereitwilligst in den
 Geschäftsräumen der
Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
STREHLER
 Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Welches strebame Ehepaar
 wünscht sich ein gutes gewinnbringend. Geschäft
 durch Uebernahme eines Kommissions-Waren-
 lagers? Geld nicht erforderlich, wenn sichere
 Bürgschaft vorhanden. Vorherige Fachkenntnisse
 nicht nötig, da selbige leicht zu erlangen sind.
 Bei gutem Zeugnis wird auch Invalide berück-
 sichtigt. Haben Sie Lust und Liebe zum Geschäft,
 so senden Sie Ihre Adresse sofort an die Firma
Ernst Bunert
 Nieder-Hermsdorf, Wegel Breslau
 Weinhandlung und Spirituosen

Wissen Sie schon?
 Alles auf Teilzahlung!
Kurt Altmann
 Ohlauer Straße 43!

Einheitsgewinn

Bei der bekannten Güte unserer Waren sind das unsere

25 50 95 Pfennig Preise

Schreib- und Lederwaren-Artikel in großer Auswahl

- | | | |
|--|---|---|
| <p>Kurzwaren, Seifen, Parfüme
 1 Paar Strumpfbänder, Gummi
 40 Leinenknöpfe
 3 Paar Schuhengel
 1 Frisierkamm
 1 Gummischwamm
 1 Flasche Eau de Cologne
 1 Karton (3 Stück) ff. Seife</p> | <p>Kurzwaren, Seifen, Parfüme
 12 Rollen Twist, viele Farben
 1 Rasierapparat mit Klinge
 1 Beutel (5 Stück) Seife
 1 Karton Seife m. 1 Fl. Parfüm</p> | <p>Kurzwaren, Seifen, Parfüme
 4 Stück Buttermilch-
 oder 6 Stück Badeseife
 6 Stück Kernseife ca. 1000 gr
 3 Stck. Edelkernseife ca. 750 gr
 1 gr. Flasche Eau de Cologne</p> |
| <p>Emaille
 1 Milchkrug, grau, 1/2 Liter
 1 Essenträger f.d. Tasche, 1/2 L.
 1 Trinktopf, weiß oder blau</p> | <p>Emaille
 1 Kehrschaufel, grau, 24 cm
 1 Kochtopf, grau, 12 cm
 1 Kasserolle mit Stiel, 14 cm</p> | <p>Emaille
 1 Kochtopf, 18 cm
 oder 1 Meste, weiß
 1 Schmortopf, 20 cm
 1 Eimer, grau, 28 cm
 1 Waschsüssel m. Napf, 34 cm
 1 Milchkrug, grau, 2 Liter
 1 Wanne, rund, 35 cm</p> |
| <p>Wirtschaftswaren
 1 Reibeisen und 1 Teesieb
 1 Lederschwamm
 1 Leuchter, Blech, lackiert
 1 Kartoffelstampfer
 1/2 Pfund Bohnerwachs</p> | <p>Wirtschaftswaren
 1 Topf, 10 cm, Aluminium
 1 Besteckkorb o. 1 Brotkorbch.
 1 Leibwärmer
 2 Scheuertücher
 oder 3 Poliertücher</p> | <p>Wirtschaftswaren
 1 Hüttgürtel m. Strumpfbänd.
 1 P. Kinderschläpfer, Mako</p> |
| <p>Steingut — Glas
 1 Leuchter, weiß
 3 Obertassen, weiß
 1 Kaffeebecher m. Kante, weiß
 1 Zitronenpresse, Glas
 1 Ascher, Preßglas
 4 Likörbecher, glatt</p> | <p>Steingut — Glas
 4 Abendbroteller, bunt
 oder 5 weiß
 1 Eierservice 3 teilig
 oder 1 Butterdose
 1 Gemüsetonne o. 6Komp. Tell.
 6 Teller, Preßglas
 3 Bierbecher mit Goldrand
 1 Wasserflasche mit Glas</p> | <p>Steingut — Glas
 1 P. Damenschläpfer, Mako</p> |

J. Lorenz von Köfner / Ofenitz

Kommentar der Zahlen zu den Genfer Friedensreden

Von R. Burgell.

Als Briand in Genf den deutschen Kanzler unbarmherzig ver-
mählte, sprach er davon, daß die Gefahr des immer stärkeren Welt-
laufs der Rüstungen dank dem Völkerverbund nicht mehr bestehe. Die
Zahl der Truppen sei außerordentlich verringert.

Die Akteure des Völkerverbundes lägen, wenn sie den Mund auf-
machten. Das Gegenteil von dem ist wahr, was Briand sagt: in der
ganzen imperialistischen Welt, mit Einschluß von Deutschland, wird
mit Fieberhitz geübt, und auf einen Krieg, der Massen von Mate-
rial und Menschen umfaßt, hingearbeitet.

Das französische Heer zählt jetzt rund 700 000 Mann. Es ist
entschiedlich verringert worden. Was wurde aber verringert? Das
Kontingenz der auszubildenden Rekruten. Die Zahl der Berufs-
soldaten wurde um 29 000 vergrößert. Gleichzeitig wurden die
Schreibstaben, die Verwaltungskörperschaften, die Depots usw. von
Frontsoldaten gesäubert und an ihrer Stelle Zivilangestellte gesetzt,
eine Tendenz, die wir auch in der deutschen Reichswehr bemerken.
In den Röhren der französischen Armeen verrichten z. B. jetzt zivil-
vertraglich angestellte Frauen den Dienst.

In dieser Umgestaltungs- und scheinbaren Verringerung der fran-
zösischen Armee drückt sich der Charakter des Standes der gegen-
wärtigen Militärwissenschaft und Militärschule aus. Es muß be-
tont werden, daß es die deutsche Militärschule gewesen ist, die mit
dem kleinen „schwachen“ Hunderttausend-Mann-Heer die grund-
legenden modernen Erfahrungen gesammelt und auch die ent-
sprechende Praxis entwickelt hat. Die Militärs, und vornehmlich die
der deutschen Bourgeoisie, haben feststellen müssen, daß die Entwik-
lung der Technik, und damit natürlich auch der Kriegstechnik, die mit
solchen Riesenschritten vor sich geht, entscheidende Veränderungen in
der Gestaltung der Heere, der Strategie und Taktik herbeizuführen muß.
Das Tempo ist derartig rapid, daß sich fortgesetzte Veränderungen in
der Gestalt und Anwendung der Waffen und Geräte, der taktischen
Formen, des Aufmarsches usw. ergeben. Alles ist im Fluß. Alle
liebgewordene Auffassungen über Ausbildung, Bekleidung, Aus-
rüstung, über das Verhältnis zwischen Offizier und Mann usw.
werden über den Haufen geworfen.

Nur ein verhältnismäßig kleines Berufsheer kann das sich mit
erschütternder Fähigkeit durchsetzende Neue in kürzester Zeit ver-
arbeiten, jederzeit auf der Höhe sein und damit den ausgezeichneten
Mobilmachungskamm für ein Massenheer abgeben. Das ist die wich-
tigste materielle Ursache für die scheinbare Verringerung der Heere,
für die Schaffung von Kadres für Berufssoldaten, und es ist nicht
ohne Interesse zu wissen, daß die Größe des französischen Berufs-
heeres auch nicht viel mehr als 100 000 Mann umfaßt, wie
das deutsche.

Das Friedensheer ist lediglich Kriegsschule für das Volk und
ein Mobilmachungskamm. Das ist die Auffassung aller modernen
Militärs. Der polnische Major Starzynski französischer Schule hat
das vor einiger Zeit in dieser eindeutigen Form ausgesprochen. Der
französische General Brialmont-Desmail bemüht sich, diese Erkenntnis
durch entsprechende Veränderungen in der Organisationsform durch-
zusetzen (Trennung der Einrichtungen für die Ausbildung von denen
für die Mobilisierung usw.). In Deutschland ist der prominenteste
Vertreter dieser Anschauungen Generaloberst von Seede. Seede ist
nicht für das relativ kleine Berufsheer, weil er das Massenheer
ablehnt, sondern den kommenden Krieg als einen Massenkrieg er-
kennt. Das ist für denjenigen, der zu lesen versteht, in allen bisherigen
Aussagen des früheren Militärs der deutschen Bourgeoisie deutlich
zum Ausdruck gekommen. Wenn er sich dabei der Umkehrungen
bedient und gewisser Verfallensrichtungen, dann ist das nur ein We-
weis dafür, daß auch die Militärs gelernt haben, sich den politischen
Verschiebungsmomenten der Bourgeoisie anzupassen und nicht immer
bloß mit dem Säbel zu rasseln.

Man darf nicht vergessen, daß der Widerstand der proletarischen
Klasse bei der ganzen Durchsetzung der Rüstungspolitik der Bour-
geoisie eine große Rolle spielt. In Frankreich hat man u. a. die
Rekruten-Kontingente auch deshalb abgebaut, weil die revolutionäre
Agitation und Propaganda der kommunistischen Partei den Herren
Generälen ins Handwerk gepusht hat. Die Bourgeoisie sucht Aus-
wege und versucht, die Kriegsschule für die Volksmassen, die das
Friedensheer darstellt, gleichzeitig auf anderen Gebieten zu etablieren.
In Deutschland in den faschistischen Wehverbänden und im „deut-
schen“ Sport, das Reichsbanner nicht zu vergessen, ferner die sich
mit einer gewissen Perspektive vollziehende Spaltungsarbeit der
Sozialimperialisten in den Arbeiter-Sportverbänden usw.

Trotz der „Reduzierung“ des Heeres ist Frankreich imstande, auf
einen Hieb über fünfzig Infanterie-Divisionen zu mobilisieren. Die
deutsche Bourgeoisie wird, die entsprechenden ideologischen Vor-
bereitungen und eine für sie günstige Situation vorausgesetzt, nicht
zurückstehen. Jede Kompanie der Reichswehr ist zummindestens
in der Lage, einem Regiment als Rahmen zu dienen. Die letzten Ma-
növer haben wieder gezeigt, daß das völlig zutrifft. Denn dort
wurde fast ausschließlich das Funktionieren des umfassenden technischen
Apparates einer modernen Armee vom Radio bis zum Sechsad-
lastkraftwagen in einer großartigen Schlacht der Zukunft geübt. Die
dazu gehörigen Massen waren noch nicht da. Und trotzdem waren
die Übungen des relativ kleinen Heeres weit entfernt von Utopien.
Die Massen, die der kommende Krieg braucht, stecken noch in den
Fabriken. Bei den beim einfachsten Proletarier vorhandenen tech-
nischen Kenntnissen wird man sie in Kürze kriegsgemäß ausgebildet
haben.

Von einer Verringerung der Truppen, vom Nachlassen des
Tempos in der Aufrüstung kann nicht die Rede sein. Nach einer
Feststellung Lloyd Georges können von dem Völkerverbund an-
geschlossenen Staaten auf einmal 15 Millionen Mann mobilisiert
werden. Es ist fraglich, ob diese Zahl das Höchstmaß bezeichnet.
Auch eine Betrachtung der Rüstungsausgaben bezeichnet das Tempo
der Entwicklung. Großbritannien z. B. gab im Jahre 1913 rund
336 Millionen Dollar für Rüstungen aus, im Jahre 1927 reichlich
509 Millionen Dollar; Italien 1913 125 1/2 Millionen Dollar, 1927
183 Millionen Dollar. Die anderen Staaten bieten das selbe Bild.
In Deutschland steigt der Heeres- und Marineetat mit gütiger
Unterstützung der SPD. von Jahr zu Jahr.

Die französische Flotte hat sich vom Jahre 1925 bis 1928 be-
nahe verdoppelt. An den Manövern 1925 nahmen 38 und 1928
bereits 80 Einheiten teil. Am Ausbau der großbritannischen Flotte
wird fleißig gearbeitet. Amerika will eine neue Flottenvorlage
über 10 neue Kreuzer beraten. Begleitmittel zum Kellogg-Pakt! Die
deutsche Flotte wird auf den modernsten Stand gebracht. Italien,
Belgien und Griechenland, Rumänien haben ihre Armeen vergrößert.
Der Chef des australischen Generalstabes verlangte vor kurzem
Vergrößerung der australischen Streitkräfte. Auf dem Gebiete der
Luftfahrt hat ein nahezu atemberaubendes Tempo Platz gegriffen.

Frankreich steht mit der Größe seiner Luftflotte an erster Stelle.
Ihm folgt Großbritannien. Deutschland nimmt hier absolut nicht
den letzten Platz ein, obwohl es „entswaffnet“ ist und keine Luftflotte
besitzt. Dafür hat es mehrere hundert Verkehrs- und Frachtlugzeuge,
die militärisch nicht wertlos sind. Im Umfang seiner Luftverkehr-
linie steht Deutschland mit 23 000 Kilometern an erster Stelle, erst
dann folgen Amerika und Frankreich.

Diese wenigen Streikkräfte sollen beweisen helfen, welch lägen-
haftes Geschwätz die imperialistischen Staatsleute und sozialdemokra-
tischen Machter Verbreiten, wenn sie behaupten, die Rüstungen
ständen still oder gingen gar zurück. Vergessen darf der deutsche Pro-
letarier auf keinen Fall und keine Minute, daß die Bourgeoisie in
seinem Lande bei dem imperialistischen Weltkriege mit an der Spitze
marschiert.

Das Programm der Bankiers

Goldschmidt über „Bohntätigkeit“

Die 2000 großen und kleinen Bankiers horchten auf, als am
Montagvormittag der größte und einflussreichste unter ihnen, einer
der für die gesamte Politik des deutschen Kapitalismus mißgebenden
Männer, nämlich der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Natio-
nalsbank, Jakob Goldschmidt, über die „Entwicklungstendenzen
in der deutschen Wirtschaft und ihr Einfluß auf die Kapitalbildung“
zu reden begann. Jakob Goldschmidt war bekanntlich der Kontrul-
verwalter über die Masse des ehemals so mächtigen Sinnestonzerns
und ist heute einer der einflussreichsten Personen in den deutschen mo-
nopolitischen Industrietrüsten.

In seinen einleitenden Worten muß Goldschmidt zugeben: „Die
Entfesselung aller Kräfte der menschlichen Gesellschaft . . . hat zu
einem herkömmlichen Kampf der verschiedenen Weltanschauungen geführt
. . . zwischen kapitalistischer und sozialistischer Denkwelt.“ Der
seiner Macht wohlbewusste Finanzmagnat begrüßt sodann die „Be-
kehrung“ der Reformisten mit Worten, wie sie auch auf dem Ham-
burger Kongreß des ADGB zu hören waren: „Das Ziel für Staat
und Gesellschaft, für Politik und Wirtschaft, für Arbeitgeber und Ar-
beitnehmer in dieser Auseinandersetzung sollte nicht die Erfüllung
Propheten in rohem Kampfe erzwingen, und damit die Atmosphäre
weiter vergiften. . .“ Sodann gibt er seinem erbitterten Haß gegen
die Sowjetunion und den sozialistischen Aufbau, in bewegten Worten
Ausdruck und zeigt damit gleichzeitig den Antisowjetkurs des deutschen
Kapitalismus auf.

Wie der Wirtschaftspräsident Naphtali auf dem Kongreß des
ADGB nur noch offener das kapitalistische Profitstreben verteidigte,
tritt Goldschmidt für die monopolistische Verklammerung der Trust-
magnaten und die Kapitalkonzentration ein.

Vor allem setzt sich Goldschmidt dafür ein, daß auch bei weit-
gehender Kapitalkonzentration und Monopolbildung „die individuelle
Führerschaft“ nicht verschwindet. Das bedeutet aber nichts anderes,
als daß er offen die Diktatur der autokratischen Industrie- und Ban-
kmagnaten für „wirtschaftlich notwendig“ hält.

Goldschmidt zerßört ferner die Illusion eines bald zu erwar-
tenden Lohnaufstieges unter kapitalistischen Verhältnissen, weil seiner
Meinung nach „die Erhöhung der Produktion und Rentabilität zum
Zweck der Kapitalbildung verwendet werden“ muß.

Damit die Arbeitslosen noch gefügiger für den Unternehmer ge-
macht werden, fordert Goldschmidt den Arbeiter in Deutschland. „Die zu weit
gehende und nur staatl. organisierte Fürsorge hat viel zu sehr den
Charakter der Wohltätigkeit (!) und schafft in der gegenseitlichen
Atmosphäre zwischen Kapital und Arbeit keine Misshörung, sondern
eine Verwöhnung.“

Er appelliert an die Einsicht der reformistischen Gewerkschafts-
führer für „wirtschaftliche Notwendigkeiten“, indem er meint: „Man
kann nicht im Lohnkampf, man kann nicht in der sozialen Furcht
ein Niveau überschreiten, das der Produktivität und Rentabilität nicht
entspricht, ohne einzusehen, daß Betriebsstilllegungen und Arbeits-
losigkeit folgen müssen.“ Lohnelos und Arbeitslosigkeit, das ist
seine Parole für seinen „Aufstieg“. Dabei bezeichnet Herr Goldschmidt
die gegenwärtigen Geldlöhne der deutschen Arbeiter bereits als
einen „relativ hohen Reallohn“.

Zum Schluß wendet sich Goldschmidt gegen die Konsumgenossen-
schaften und nochmals gegen die „Unternehmungen der öffentlichen
Hand“.

Katholikentag in Magdeburg

Kampf der Zerkleinerungen und radikalen Bewegungen — Das Fazit des Zentrumstages

Der vergangene Sonntag in Magdeburg stand unter der Inba-
sion der Katholiken. Es ist ja bekannt, daß die zum Überglauben
neigende Landbevölkerung auch stark zu religiösem Firklesanz neigt.
So waren denn die treuen Schäfchen, insbesondere aus den Rand-
gebieten, herbeigeeilt, machten Anieße vor dem päpstlichen Nuntius
Facelli, den Bischöfen und sonstigen geistlichen Würdenträgern.

Der politische Sinn des Magdeburger Katholikentages kommt in
einer Entschiedenheit zum Ausdruck, die sich mit dem Verhältnis der
katholischen Christen zu dem bestehenden System befaßt. Es heißt
darin u. a.:

„Angelehnt der schweren sittlichen Zerkleinerungen . . .
soziologischen Spannungen und radikalen Bewegungen, welche die
Zeittage in allen Ländern kennzeichnen, erschien es dem Ausschuß
als unabweisbare Aufgabe der Katholiken, die Idee des Staates
und der Nation als sittliche Gemeinschaft (!) nachdrück-
lich und überall herauszuföhlen.“

Jebermann kann an dieser Formulierung sogleich die Ueberein-
stimmung der christlichen mit der reformistischen Auffassung über
Staat und Wirtschaft erkennen. Der bestehende kapitalistische Staat
mit allen seinen Ausbeutungsmethoden und Gemeinheiten wird als
„sittliche Gemeinschaft“ gekennzeichnet! Gekrönt wird diese
Auffassung von der Forderung: der kapitalistischen „Dringlichkeit unter-
tan“ zu sein!

Das gleiche drückte der Hamburger Kongreß des ADGB. durch
die Forderung nach der Wirtschaftsdemokratie aus.

Die Ultramontanen sind besonders in der Nachkriegszeit voll-
kommen mit dem Reformismus verwachsen. Ueberdacht von dem
Gedankenbau wirtschaftsfriedlicher Lösungen und der Versöhnung mit

der auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft, spielt der reformistische
Flügel mit reformistischen Phrasen, um den sorgföhrten Teil der
Arbeiter einzufangen, während der pfäffliche Flügel die resignierten,
verzweifelten und Religiös-Gläubigen in den kaltenreichten Kirchen-
mantel einhüllt, um sie in gleicher Weise an das System zu binden.

Kein Wunder auch, daß ausgerechnet die Sozialdemokratie im
Jahre 1918 erst endgültig dem Pfaffenamt jede Art der Freiheit und
Betätigung wiedergab. Kein Wunder auch, daß die Magdeburger
SPD „Vollstimme“ sagt, „niemals Feindin der Religion gewesen
zu sein“, oder auseinanderlegt: die SPD „war für die arbeitende
Klasse Führerin nach dem Wesentlichen in der Religion.“ (!) Das
genannte SPD-Blatt ruft dann auf, „unter der roten Fahne mit dem
schwarzen Kreuz“ zu marschieren.

Wer in diesen Sätzen gepredigte Berr.: des Marxismus und die
aus dem Geiste der Koalitionspolitik geborene Betrachtung über die
Religion als Weggenoffin der roten Fahne entspringt eben nur dem
vollkommenen Zueinanderwachsen der reformistischen und christlichen
Ideologie. Genau so hat ja auch der SPD-Oberpräsident Baentig
„dem katholischen Glauben Vertiefung und Stärkung“
gewünscht.

Für den Katholikentag ist noch bezeichnend, daß seine grund-
legende Debatte über die Regierungsfrage, die Panzerkreuzerfrage
und die innerparteilichen Schwierigkeiten für einige Monate ver-
schoben ist. Inzwischen will man die Dinge erst austreiben lassen und
nicht vor einer Klärung der Krise innerhalb der SPD selbst zu diesen
Dingen sprechen. Das besagt nicht mehr und nicht weniger, daß auch
im Zentrum wegen des Panzerkreuzers sehr ernste Schwierigkeiten
entstanden sind.

Für Volksentscheid gegen Aufrüstung!

Das Gewerkschaftsstartell Konstantz des ADGB. forderte von
der Bezirksleitung die Unterstützung des Volksentscheids.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Internationalen
Bundes der Kriegssopfer, Ortsgruppe Karlsruhe, der zum größten
Teile Sozialdemokraten angehören, brandmarkte das Verhalten der
SPD. und sprach sich für den Volksentscheid aus.

Der Gemeinderat von Elgersburg begrüßte in seiner Gemein-
datsitzung vom 7. September den Volksentscheid und verpflichtete sich,
die Kampagne zu unterstützen.

Für den Volksentscheid sprachen sich aus:

Die Mitgliederversammlung des Arbeitergefangenenvereins Arnstadt
und die Ortsgruppe Gröden der Freidenker

jowie der Freie Sportverein „Vorwärts“ in Erfurt
und die Sektionsversammlung der Bauhilfsarbeiter Essen

mit 29 gegen nur zwei Stimmen. Gleichzeitig wandte sich die Ver-
sammlung gegen die Terrormaßnahmen gegen die Gewerkschafts-
leitung anlässlich des Kongresses des ADGB. in Hamburg.

In Halle sprachen sich für den Volksentscheid aus:
die Halbjahrsvertreterversammlung der Vogelgewerkschaft,
der Kreisrat des Arbeiter-Athletenbundes des 5. Kreises,
eine Mitgliederversammlung des Freien Wasserportvereins Halle,
der Betriebsrat der Baustelle Frank-Fabrik bei Kanendorf (Saal-
kreis).

eine Belegschaftsversammlung der Firma Pringler in Ammen-
dorf,

eine Belegschaftsversammlung der Gemeindegewerkschaft Ammen-
dorf.

Eine Konferenz aller proletarischen Organisationen in Greppin
bildete ein Arbeiterrkomitee für den Volksentscheid, dem angehö-
ren: Arbeiter-Gesangverein, Arbeiter-Turnverein, Arbeiter-Radsportclub,
Arbeiterfußballklub, Invaliden und Rentner, Bund der Meter, Ar-
beiter-Samariterkolonne, AFD. und AFD.

Die Arbeiterschützen von Hannover protestierten aufs schärfste
gegen die Einwilligung des Panzerkreuzers durch die SPD-Minister.
Die Christlich-Sozialen beginnen in ihrer Agitation
für den Volksentscheid die größte Aktivität zu entfalten. Die letzte
Nummer ihres Parteiorgans, „Das neue Volk“, schreibt nach einer
kritischen Betrachtung der Sabotage des Volksentscheids durch die ihr
nahestehende „Deutsche Friedensgesellschaft“:

„Es bleibt also der Volksentscheid! Daß eine solche eminent wich-
tige Friedenssache, eine Sache des tiefsten Christentums und ethischer
Forderungen gerade von den Kommunisten in ihrer Initiative ergriffen
werden muß, ist an und für sich schon blamabel für die sogenannten
„Völkerverwöhner“ und besonders für die christlichen Parteien.
Gerade aus dem tiefsten Christentum heraus hätten sie hier die
Initiative ergreifen müssen.“

Mache verrät seine eigenen Funktionäre!

Die Breslauer sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bewilligt Mittel für den Hindenburg-Empfang

Breslau, 14. September.

Es ist also Tatsache geworden! Die SPD. hat die Mittel für den Breslauer Hindenburg-Empfang bewilligt. Wer die Rücksichtslosigkeit des Bonzenpacks kennt, das die ausschlaggebende Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion bildet, wird sich darüber nicht wundern. Zu etwas anderem als zum Verrat, selbst ihrer eigenen Parteimitgliedschaft, ist diese Gesellschaft nicht mehr fähig.

Wergegenwärtigen wir uns noch einmal kurz die Entwicklung der Dinge: Im August beschloßen die Breslauer SPD-Funktionäre, daß ihre Stadtverordnetenfraktion keine Mittel für den Hindenburg-Empfang bewilligen dürfe. Davon stimmten die Maché und Kampman diesem Antrage zu. Sie wußten schon damals, wie sie das Ding brechen würden.

Und sie haben es gebreht. Zwar so plump, daß die Verlogenheit der dazu angefertigten Begründung von keinem — selbst von ihnen nicht — geglaubt wurde, aber sie haben erreicht, was sie erreichen wollten: Sie stehen wieder einmal, wie in „großer Zeit“, bei Hindenburg!

Maché hatte gestern die Stirn, zu behaupten, es wären für Hindenburg keine Mittel angefordert worden! Besäße dieser unbedingt Marktschreier des Parteivorstandes auch nur einen letzten Funken Wahrheitsliebe, wenige Minuten später hätte er, als er den Sitzungssaal verließ, ob der Unverschämtheit seiner Äußerung erstochen werden müssen. Denn da waren in der Umgebung des Rathauses wohl 20 bis 30 Scheinwerfer aufgestellt, mit denen zu „Ehren Hindenburgs“ eine „Probelichtung“ des Rathauses vorgenommen wurde. Ja, ist Maché wirklich so ein Idiot, daß er uns und den Breslauer Arbeiter, einschließlich seiner eigenen Parteigenossen, zumutet, zu glauben, die Kosten, die der ganze Kummel verursacht, würden mit Dresden bezahlt? Es steht fest und ist von Maché mit keinem Wort abgestritten worden, daß für „Empfänge“ im Etat des Verkehrsamtes 50 000 Mark zur Verfügung stehen. Es steht weiter fest, daß man dieses Geld nimmt. Dann braucht man allerdings keine weiteren Mittel „anzufordern“. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben, als sie ihren Beschluß faßten, nicht daran gedacht, durch welche Hintertürchen ihre Fraktion entschlipfen konnte. Ihre Führer haben sie in der Manier ausgefuchter Betrüger geprellt.

Wir sind nun gespannt, was die SPD-Funktionäre sagen werden. Vor allem dazu, daß ja nicht nur die Maché-Ruffert-Darf, sondern auch die „Linke“ Stope, Kausch, Kneiff, Döblich usw. diesen öffentlichen Betrug anstandslos mitmachten.

Ueber die weiteren Punkte der gestrigen Sitzung wäre zu sagen, daß die Sozialdemokraten auch noch die Nachzahlung über zehnprozentigen Aufbesserung der Wohlfahrtsunterstützung für die Monate Juli bis Oktober ablehnen. Ein trauriger Mut, den Vermögen der Arbeiter die wenigsten Pfennige zu verweigern. Hindenburg braucht sie notwendiger!

Am Beginn der Sitzung hält der Stadtverordnetenvorsteher für die während der Ferien verordneten Stadträte Reulich, Brenden und Giesele Nachrufe. Sodann werden die neuen Stadtverordneten, unter ihnen der Genosse Reim, eingeführt und vom Oberbürgermeister verpflichtet.

Die ersten Vorlagen, die sämtlich angenommen werden, betreffen u. a. Kauf von „Motorpferden“ für die Müllabfuhr, Beschaffung von 60 Wagen für den Schneetransport sowie verschiedene Flüchtlingsänderungen. Ein wichtigerer Punkt ist die

Erhöhung der Pflegegebühren

für die in Stadt- und Anstaltspflege untergebrachten Kinder. Der Magistrat schlägt eine Aufbesserung von 10 Prozent vor. Genossin Gahnz teilt mit, daß hierzu die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, nach dem die Höhe auf einhundert 40 Mark monatlich erhöht werden sollen. Dadurch würde die durch nichts begründete Staffellung (für ältere Kinder gibt es weniger, weil sie „den Pflegeeltern bei der Arbeit helfen können“) und der Unterschied zwischen Hauspflege (monatlich 22,50 bis 27 Mark) und Anstaltspflege (36 Mark) in Wegfall kommen. Gleichzeitig wendet sich Genossin Dahne gegen das Verhalten des Magistrats, Freizeitarbeiter keine Kinder in Pflege zu geben, ja selbst dann, wenn sie schon jahrelang welche hatten, diese wegzunehmen, falls die Pflegeeltern aus der Kiste ausschelden! Die Magistratsvorlage geht mit dem kommunistischen Zusatzantrag in den Ausschuß.

Der Antrag über Veränderung der Straßenbahn-Strecken- und Doppelkarten wird nach längerer Debatte, in der dem Magistrat heftige Vorwürfe gemacht werden, ebenfalls in den Ausschuß verwiesen.

Maché (Soz.) begründet sodann den Magistratsantrag, 50 Straßenbahnmotor- und 50 Anhängewagen bei den Linke-Hofmann-Werken in Auftrag zu geben. Das soll vor allem deswegen geschehen, weil Linke-Hofmann wegen „Anstragsmangel“ mit Entlassungen bedroht hat, falls es diese Bestellung nicht bekomme. Die Kosten sollen sich für einen Motorwagen auf 20 000 Mark, für einen Anhängewagen auf 19 250 Mark belaufen, insgesamt also auf 2 780 000 Mark. Hierzu spricht Genosse Engel: Die kommunistische Fraktion ist unter den konkreten Umständen nicht gegen die Vorlage, ist jedoch der Meinung, daß die Herstellung der Waggons

in eigener Werkstatt

viel billiger wäre. Sie wendet sich dagegen, gewissermaßen die Aufträge mit Entlassungsdrohungen erpressen zu lassen. Man muß endlich einmal dazu übergehen, die unbedingt notwendigen Zentralwerkstätten bald zu bauen. Nach ausgedehnter Diskussion wird der Vorlage zugestimmt.

Die Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung des Baues des Verwaltungsgebäudes und der Hauptfeuerwache wird beschlossen. Der Ausschuß I soll die Namen der Mitglieder vorschlagen.

Gegen die Bewilligung eines Bauforschungsausschusses für die Ersatzwohnung eines städtischen Beamten erhebt Genosse Zyba Einspruch, da es unmöglich sei, daß ausgerechnet der Magistrat den Bauforschungsausschuss mitmacht. Der Magistrat solle an den Baumeister herantreten und die Streichung der Zuschuß-Forderung verlangen. Wird das abgelehnt, dann soll dem betreffenden Beamten durch die Sieblungs-gesellschaft, in der die Stadt ja die Aktienmehrheit hat, eine Sieblungswohnung zugewiesen werden.

Die Anstellung eines neuen Magistratsbaurates wird beschlossen. Anschließend wird der kommunistische Antrag auf

Nachzahlung des zehnprozentigen Zuschlags auf die Unterstützungssätze des Wohlfahrtsamtes

für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober beraten. Genosse Zyba begründet ihn mit der großen Notlage dieser Kreise. Weiterhin liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, den aus der Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge ausgesetzten Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt Unterstütsungen nach den Sätzen der Krisenfürsorge

zu gewähren. Die Zahlung dieser Unterstützung erfolgt nicht durch die Kreisstellen und die Wohlfahrtskommissionen, sondern durch das Büro Ia G.M. in derselben Weise wie Kr.-u. und Arbeitslosenunterstützung verzahlt werden.

Stadttrat Tilgner erklärt, der Antrag Tilgner würde gegenüber der jetzigen Regelung keine bedeutenden Mehrausgaben verursachen, um so mehr, weil ja Tilgner ausdrücklich Befreiung der Bedienstet- und Leiharbeiter verlangt hat. Genosse Zyba bemerkt, daß der sozialdemokratische Antrag wohl ein Eingeständnis des Fehlers der Zustimmung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz ist. Vor dessen Annahme hatten die Erwerbslosen Anspruch auf ein Jahr Erwerbslosenunterstützung und 26 Wochen Kranksunterstützung. Die SPD. hat im Reichstag geholfen, die Lage der Erwerbslosen zu verschlechtern. Jetzt macht sie in der Kommune das Gegenteil von dem, was ihre Führer im Reichstag taten. Genosse Zyba protestiert sodann energisch gegen die Ausführungen des Stadttrats Tilgner, der gewissermaßen den Erwerbslosen Arbeit schaffen will. Im Schlußwort erkläre er, daß für sie die soziale demokratische Reichstagsabgeordnete Maché, dafür zu sorgen, daß die soziale demokratische Reichstagsabgeordnete Maché in den gleichen Antrag stelle wie die heutige Stadtverordnetenfraktion. (Hellerkeit.) Tilgners Schlußwort ist der überhebliche Phrasenschwall eines ausgelesenen Regierungsbeamten. Da er dabei so tut, als ob damals, da er noch im Wahlkreisamt als Stadtrat spielte, er ein Musterbeispiel eines Beamten war, werden wir einmal auch diese Frage genauer untersuchen, als Herr Tilgner lieb sein sollte. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, der sozialdemokratische angenommen.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung kommt der kommunistische Antrag auf

Verweigerung von Mitteln zum Hindenburg-Empfang

zur Beratung. (Die rechte Sippchaft des „hohen Hauses“ verläßt in diesem Augenblick sichtlich ihre Plätze.) Genosse Adelt weist zur Begründung des Antrages darauf hin, daß es gerade in Breslau so oft heißt „es ist kein Geld da“, um diese oder jene notwendige Wohlfahrtsausgabe zu machen. Hier aber wird man es auf die Straße überfallen, wo Hindenburg bisher „zu Besuch“ erschien, wurde der ganze Kummel zu einem lächerlich nationalistischen Nummer. So wird es auch in Breslau werden. Ein paar Stunden im Auto durch die Stadt gefahren, große Diners und Frühstücks, und damit ist die Geschichte, die soviel Geld kostet, beendet. In die Tendenz dieser Breslauer, ins Obdachlosen Asyl usw. wird ber-

reitet“ nicht kommen. Dafür hat er „keine Zeit abzugeben“. Die Kriegsbeschäftigten, die ihm ihre Lage darlegen wollten, sind mit dieser Antwort abseits beschoben worden. Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung muß eine Verschwendung städtischer Mittel verbieten und deshalb für den kommunistischen Antrag stimmen.

Maché (Soz.) erklärt, es wären keine Mittel angefordert worden, demzufolge sei der kommunistische Antrag gegenstandslos geworden und die sozialdemokratische Fraktion werde nicht für ihn stimmen.

Koßman (Mier) trompetet mit Begeisterungsgeschwindigkeit, er und sein Verein seien „verfassungstreu“ und sie würden deshalb für „Oberhaupt“ würdig empfangen. Nachdem auch noch ein unmaßstäblich ernüchterter Annapel-Kunzist — unter Zustimmung der SPD. (11!) — freche Äußerungen über den Amanullah-Empfang in Rußland mit großer Poze in den Saal geschleudert hatte, ertönt Genosse Meim das Wort. Er bezeichnet Machés Ausführungen als unerhörte Demagogie. Die Mittel zum Hindenburg-Empfang seien zwar nicht besonders angefordert worden, aber sie stehen im Etat des Verkehrsamtes bereit und werden von dort entnommen, d. h. es werden städtische Gelder verwandt. Den Breslauer Arbeiter im allgemeinen und den sozialdemokratischen Funktionären im besonderen — die ausdrücklich beschlossen haben, daß keine Mittel für den Hindenburg-Empfang bewilligt werden sollen — ist es gleich, woher diese genommen werden. Es soll verhindert werden, daß überhaupt solche zur Verwendung kommen. Wenn Maché mit seinem jämmerlichen Dreh auch seine Fraktion überzeugen konnte (die ließ sich viel zu gern! Die Red.) dann dürfte ihm das bei den sozialdemokratischen Arbeitern nicht möglich sein. Diese werden ihm nicht glauben, wenn er behauptet, die SPD. habe keine Mittel für Hindenburg bewilligt. Es tut es nicht, wenn sie durch Stimmeneinholung den kommunistischen Antrag zu Fall bringt.

Wolff (Str.) will sich nicht in das „unwürdige Schauspiel“ mischen, sondern nur feststellen, daß Maché mit seiner Rede den Beschluß der Fraktionäre verurteilt hat!

Genosse Adelt geht in seinem Schlußwort sofort auf dieses bescheidene Urteil eines Bürgerlichen ein. Im übrigen führt er die Amanullah-Schreier gehörig ab und ersucht noch einmal um Zustimmung zu dem kommunistischen Antrage. Bei der Abstimmung wird dieser gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Die Breslauer Erwerbslosen gegen Hindenburg und Panzerkreuzerbau

Nach langer Zeit fand gestern im Garten des „Bergellers“ wieder eine Versammlung der Breslauer Erwerbslosen statt. Zahlreich waren die Erwerbslosen der Aufforderung gefolgt, so daß der Garten bald überfüllt war.

Kollege Schorstein behandelte ausführlich die „Segnungen“ des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes, die sich von Tag zu Tag deutlicher bemerkbar machen. Aber anstatt den Erwerbslosen zu helfen, baut man Panzerkreuzer oder wirft das Geld bei Hindenburg-Empfängen usw. zum Fenster hinaus. Schorstein stellte dann eine Reihe von Forderungen auf. Stadtverordneter Zyba ging auf die von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament für die Erwerbslosen gestellten Anträge ein und wies darauf hin, daß der Panzerkreuzerbau und die anderen Rüstungen Vorbereitungen für das Eintreffen der neudeutschen Imperialisten in die Kriegsfront gegen Sowjetrußland sind. Die jetzige Verlängerung der Krisenunterstützung wird von den Sozialdemokraten als großer Erfolg gepriesen. In Wirklichkeit aber ist damit noch lange nicht die Zeugdauer erreicht worden, die vor dem Inkrafttreten des ABG. bestand. Genosse Zyba forderte die Erwerbslosen noch auf, das von der SPD. eingeleitete Volksbegehren mit allen Mitteln zu unterstützen. Weitere Diskussionen über den Panzerkreuzerbau und die anderen Rüstungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Folgende Anträge wurden einstimmig angenommen:

Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen protestieren energisch gegen eine Verschwendung öffentlicher Mittel anlässlich des Hindenburg-Empfanges und ähnlicher Festslichkeiten. In einer Zeit, wo 36 000 Einwohner hungern müssen und Tausende obdachlos auf der Straße liegen, wären die 50 000 Mark, die vom Magistrat für Empfänge vorgesehen sind, für die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besser angebracht.

Der Beschluß der Reichsregierung, dem Panzerkreuzerbau zuzustimmen, hat in der Arbeiterschaft, insbesondere aber unter den Erwerbslosen lebhafteste Empörung hervorgerufen. Wenn nun von seiten der Sozialdemokratie versucht wird, die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau der Kreuzer damit zu entschuldigen, daß man die Krisenunterstützung verlängert habe, so weisen die Erwerbslosen diese Ausrede zurück, denn die Verlängerung der Krisenunterstützung macht noch nicht einmal das Verbrechen wieder gut, das die Sozialdemokratie mit der Zustimmung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz begangen hat. Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen begrüßen es, daß die kommunistische Partei in der Frage des Panzerkreuzerbaues den Volksentscheid verlangt habe. Die Breslauer Erwerbslosen werden den Volksentscheid mit allen Mitteln unterstützen.

Die am 13. September 1928 im „Bergeller“ tagende Erwerbslosen-Versammlung fordert:

1. Einreichung sämtlicher Arbeitslosen in das Versicherungsgesetz
 2. Zahlung der Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit und für die ganze Dauer derselben.
 3. Zahlung einer Reichsbekämpfung für sämtliche Erwerbslose.
 4. Erhöhung der Unterstützungssätze des ABG. auf Grund des kommunistischen Antrags von 13. Oktober 1927.
- Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen verlangen vom Breslauer Magistrat:
1. Nachzahlung der 10 prozentigen Erhöhung der Unterstützungssätze des Wohlfahrtsamtes ab 1. Juli 1928.
 2. Belieferung der Erwerbslosen und sämtlicher Hilfsbedürftigen im Winterhalbjahr mit Kohlen- und Lebensmittelgutscheinen.
 3. Nachzahlung der Zusatzunterstützung für die letztmütlich aus den Krisenfürsorge ausgesteuerten Erwerbslosen.

Mordversuch an einer Prostituierten

Gestern abend gegen 7 Uhr hörten Flurnachbarn aus dem Zimmer eines Krullstraße 21 wohnhaften Sittenmäßigen Hilse- rufe. Nach dem gewaltigen Dröhnen der Zimmertür stolze das Mädchen Karl Bluten auf den Flur, in der Hand einen Dolch haltend. Den Nachbarn gelang es, den Täter bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Der Täter, 18jährig, verweigert bis jetzt die Angabe seiner Personallisten. Die Beweggründe der Tat, ob Mordabsicht oder ob die Tat die Folge eines Streites war, ist noch ungeklärt. Das Mädchen trug Verletzungen am Oberkörper und im Rücken davon.

Zusammenstoß zwischen Motorrad und Radfahrer. In den Mittagsstunden des Mittwoch fuhr der Motorradfahrer E. S. aus Schwoitz beim Überkreuzen der Weißen Ohle in das Rad des kaufmännischen Angestellten K. W., der die Breite Straße überqueren wollte, hinein. Das Fahrrad wurde vollständig zertrümmert. Die Schuld soll auf zu schnelles Tempo des Motorradfahrers zurückzuführen sein.

Funktionäre des ABG.
Heute 20 Uhr in der „Stadt Ranslau“ Funktionärtsitzung. Bilgi Leo spricht.

Das Jagkonzert
des ABG. auf dem Friedrichsplatz fällt wegen Abgangens aus-
Jahresweihe des ABG. in Grünhübel.

Am Sonntag, den 16. September, findet die Jahresweihe des Roten Frontkämpfer-Bundes, Ortsgruppe Grünhübel, statt. Das Programm dazu ist: 15 Uhr Abholen der Fahne, 16.30 Uhr Jahresweihe und Ansprache, 18.30 Uhr Umzug durch Bettlern und Grünhübel, 19.00 Uhr Film- und Lichtbildervortrag, Schalmeterkonzert usw. Um rege Beteiligung ersucht die

Ortsleitung des ABG.
Groß-Mohren. Öffentliche Volksversammlung am Freitag, dem 14. September, 20 Uhr, bei Schreier. Thema: „Kommunistenregierung und Volksentscheid.“ Referent: Genosse Hausen.

Hegen Hindenburg und die Hindenburg-Republik demonstrieren die Arbeiter in Breslau Montag, den 17. d. Mts. 20 Uhr, im Schichwerder

Waldenburger Bergland

Der „Feldmarschall des Kaisers“ in Schlesien!

**Marschiert gegen den Sündenburger
Rat auf!**

Waldenburger Arbeiter

**erschreit zur wichtigen Massenunter-
nehmung Dienstag, 18. Sept.,
20 Uhr, im Gasthof „zum Edelstein“**

Waldenburger Baukämpfer im Streit

Seit dem Frühjahr verschleppen die Arbeitgeber die Lohnver-
bindungen der Kämpfer und Installateure von Waldenburg und
Umgebung. Sie wollen denselben einen Tarif aufzwingen, der zum
Teil einen Lohnabbau vorsieht und vor allem die Ferien-
nimmt. Der am Montag, dem 3. September gefällte Schiedspruch,
der die Ferien wiederherstellt und Lohnaufbesserung vorsieht, ist von den
Baukämpfern angenommen, und von den Arbeitgebern abge-
lehnt worden. Als Antwort darauf traten nun sämtliche Bau-
kämpfer am Mittwoch in den Streit, um für ihre gerechten For-
derungen zu kämpfen. Sie erwarten von allen Bauarbeitern Unter-
stützung bei etwaiger Streikbrecherarbeit.

Demonstration in Altwasser.

Die Ortsgruppe der SPD. und der RFB. Altwasser veranstal-
ten am Sonntagabend um 19 Uhr eine Demonstration für den
Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau. Anschließend
öffentliche Versammlung im „Eisernen Kreuz“. Die Be-
wässerung von Altwasser wird aufgefordert, sich zahlreich zu betei-
ligen. Abmarsch Punkt 17,30 Uhr von Leupolds Gasthof, Ober-Alt-
wasser.

Flugfest in Bad Salzbrunn. (Arbeiterkorrespondenz.)

Das diesjährige Flugfest wurde mit großartiger Klame und viel
Geschrei in allen Zeitungen (außer der kommunistischen Presse) vor-
bereitet. Ueber das Geschehene zu schreiben, verlohnt sich nicht. Die
Zuschauer, die für die Willets die „soliden“ Eintrittspreise in Höhe
von einer Mark bis zwei Mark und fünfzig Pfennige zahlten, hörte
man im allgemeinen über das Gebotene schimpfen. Recht schroff wur-
den mitunter Arbeiter abgewiesen, welche sich ohne Billett bis in die
Nähe der Absperrspalten wagten. Außerordentlich stark belagert
waren die nicht abgesperrten Anhöhen um den Flugplatz von denen,
welche auf Grund ihres Verdienstes nicht in der Lage waren, Eintritt
zu zahlen. Recht komisch mutete es an, daß die freien Gewerkschaften
ihre Funktionäre mit Willets zu 50 Pfg. von Süss zu Stube schick-
ten, und so den Nationalisten vom Fliegerrummel noch das Geld
mancher Arbeiter in die Tasche spielten. Daran haben die Bonzen
anscheinend mehr Interesse, als an den Lohnforderungen und wirt-
schaftlichen Kämpfen der Arbeiter. So eifrig im Verkauf waren diese
Funktionäre nicht einmal mit den Plaketten zum Gewerkschaftsfest.
Man darf gespannt sein, zu was sich die Reformisten noch hergeben
werden. Mancher Arbeiter, der sich noch verblüffen ließ, dürfte sich
für die Zukunft Witz gelautet haben.

Oberes Revier

Sonntag 14 Uhr findet bei Hilbebrand, Gottesberg, Lan-
deshuter Straße, eine öffentliche Frauenversammlung
statt. Thema in dieser Versammlung ist: „Die Stellung der
Frau zum revolutionären Klassenkampf.“ Als Rele-
vanz erscheint die Gauleiterin des Roten Frauen- und Mädchen-
bundes, Genossin Hajne-Breslau. Frauen! Macht diese Ver-
sammlung zu einer wichtigen Kundgebung!

Geführt. Der Arbeiter M. aus Reuchendorf hatte sich ein
Motorrad geliehen. Schon nach kurzer Fahrt verlor er die Gewalt
und stürzte auf die Straße. Ohne Verletzung und mit einem

Knochenbruch wurde der Verunglückte in das Krankenhaus in Wal-
denburg eingeliefert.

Zwei Rippen gebrochen. In der Frühhlicht verunglückte auf dem
Schwesterbach der Grubenarbeiter Otto Schröder. Der
Arzt stellte zwei Rippenbrüche fest. Sch. wurde in das Knappschafts-
lazarett gebracht.

Im Dorfkümpel ertrunken. Der Nachwächter Jung, der den
Nachdienst in der Gemeinde Rosenau ausführte, wurde, im
Dorfkümpel liegend, tot aufgefunden. Trotz polizeilicher Unter-
suchung konnte nicht festgestellt werden, ob ein Unfall oder etwa ein
Verbrechen vorliegt.

Freiburg

Lehrer Hampel spricht. Sonntagabend 20 Uhr spricht in einer
öffentlichen Versammlung im Gasthof zur „Stadt Wien“, einberufen
vom Verein für „Mutterschutz und Sexualhygiene“ der bekannte
Lehrer Hampel aus Penzig über ein Thema, das für Frauen
und Mädchen, aber auch für Männer von allergrößter Wichtigkeit ist.
Besonders im Schulwesen ist Lehrer Hampel in letzter Zeit von den
Bürgerlichen und der Kirche sehr angefeindet worden, so daß es sich
lohnt, diese Verammlung zu besuchen. Zur Deckung der Unkosten
wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben.

Königszell

Die Werkwohnungen der Porzellan-Fabrik. Ein großer Teil der
Wohnungen ist schon 7-8 Jahre nicht mehr renoviert worden. Wenn
nun ein Arbeiter in solch einer dreidigen Bude nicht länger wohnen

Der Landeshuter „Dredwacht“-Schmierer ist ein bewußter Lügner!

Um die Krankentafelbeiträge in Landeshut

Am 5. September trat der Ausschuss der Allgemeinen
Ortskrankenkasse für die Stadt Landeshut zu einer Sitzung
zusammen, um über eine Vorlage des Vorstandes, den Abbau der
Sonderleistungen betreffend, zu beschließen. Begründung der
Vorlage wurde ausgeführt, daß auf Grund der Halbjahresbilanz
(vom 1. Januar bis 30. Juni) mit dem vom vorigen Ausschuss auf-
gestellten Etat nicht auszukommen ist. Die Bilanz ergibt einen Aus-
gabendüberschuss von rund 5000 Mark. Zur Herabdrückung der
Ausgaben im zweiten Halbjahr hatte der Vorstand zwei Maßnahmen
beschlossen: 1. Kürzung der Familienhilfe, dertart, daß die
Kasse bei Familienhilfe nur noch die halben Arzneikosten trägt und
die andere Hälfte der Versicherten tragen muß. (Bisher wurden auch
die Arzneikosten von der Krankentafel getragen.) 2. Zahlung des Krank-
tengeloes erst vom vierten Tage ab. (Bisher wurde das Krankten-
geld schon vom dritten Tage ab gezahlt und bei längerer Krankheit,
über eine Woche, vom zweiten Tage ab.) Beide Vor schläge bedeuten
eine beträchtliche Verschlechterung und einseitige Be-
lastung der Versicherten, also der Arbeitnehmer. Im Vorstand wurden
diese Verschlechterungen gegen die zwei Stimmen der Kom-
munisten (Sohn und Bösch) mit drei Stimmen beschlossen.
Das wurde auch in der Ausschusssitzung vom ersten Vorsitzenden, Herrn
Grabisch (bürgerl.), betont. Der Berichterstatter der „Dredwacht“
hat also gelogen, wenn er die Sache so hinstellt, als hätten unsere
Genossen diesen Abbau der Leistungen mitbeschlossen. Gerade der
Genosse Kühn war es, der als erster Redner in sachlicher, aber in
schärfster Weise diese Verschlechterungen zurückwies. Nicht Abbau der
sozialen Leistungen, sondern Aufbau der Leistungen müsse gefordert
werden. Wenn die Kasse auf Grund der Nationalversicherungsmethoden
der Großindustrie über ihre Kräfte belastet sei, dann sei es Pflicht des
Staates und dieser Großindustrie, daß sie der Kasse weitgehendste Hilfe

leisten. Statt dessen wolle man alles auf die Arbeit-
nehmer abwälzen. Eine Regelung, die Millionen für Rufungs-
zwecke übrig hat, die muß auch Mittel haben für die Opfer der heuti-
gen Wirtschaftskrise. Die „Dredwacht“ lügt, wenn sie schreibt, die
Kommunisten hätten unter dem Druck der SPD. gegen die Vorlage
gestimmt. Im Gegenteil, am Tage vorher hat bereits der Genosse
Schwerdtner dem SPD.-Kollegen Löffel mitgeteilt, daß die SPD.-
Vertreter unbedingte gegen die Vorlage stimmen werden, und
in einer Vorbesprechung kurz vor der Ausschusssitzung wurde ohne
weiteres von beiden Seiten diese Stellungnahme gutgeheißen. Bei
der Abstimmung über die Vorlage des Vorstandes wurde diese mit
allen Stimmen der Arbeitnehmer und einer Arbeitgeberstimme zu
Fall gebracht.

Vorher hatte Genosse Schwerdtner angefragt, ob in der an-
gegebenen Einnahme von 105 000 Mark auch die rückständigen Bei-
träge eingerechnet sind. Der Vorsitzende, Herr Grabisch, mußte
zugeben, daß Rückstände im Betrage von rund 5000 Mark vorhanden
sind und die 105 000 Mark nur die Ist-einnahme darstellen. Hier
würde es angebracht, etwas schärfer vorzugehen, denn es handelt sich
um Gelder, die den Versicherten sofort vom Lohn abgebogen wer-
den, aber vom Arbeitgeber nicht abgeliefert werden. Eine vom Kollegen Jung (SPD.) vorgeschlagene Beitragserhöhung
brachte die Arbeitgeber derartig in Aufregung, daß sie teilweise ihre
gute Erziehung vergaßen, und die Sitzung einfach aufhob.

Die Auffassung der kommunistischen Vertreter ist die: Wir
werden den Ortsausschuss veranlassen, eine öffentliche Ver-
sammlung der Ortskrankenkasse einzuberufen, in der die Mit-
glieder selbst entscheiden sollen, welcher Weg beschritten werden soll,
bzw. ob sie den Standpunkt ihrer Vertreter im Ausschuss gutheißen.

Niederschlesien

Görlitz

Erweiterte Unterbezirksleitungsführung

Sonabend, den 15. d. M., 20 Uhr, in der „Union“, Langestraße.
Alle Mitglieder, auch die neu vorgeschlagenen, haben pünktlich zu
erscheinen. Die Unterbezirksleitung Görlitz.

Gartenfest des RFB.

Antreten Sonntag, den 16. d. M., 13 Uhr, am Dresdner Platz,
Abmarsch 13,30 Uhr nach Lechwitz zum „Reichshof“. Unter anderem
Kleinlaufwettbewerb auf 2 Ständen. Alle RFB-Kameraden müssen
pünktlich erscheinen. Parteigenossen und Sympathisierende sind herz-
lich eingeladen. Roter Frontkämpfer-Bund, Görlitz.

Sprotau

Die „Erziehung zum nationalen Gedanken“
scheinen die Landgenossen und ihr Anhang darin zu sehen, daß
man den Proleten bei Antritt der Arbeit nicht nur Hungerlöhne und
bis zwölftägige Arbeitszeit zusichert, sondern sie bestimmen auch
noch, daß die Arbeiter zu den Versammlungen des „Stahlhelm“ zu
erscheinen haben und Mitglieder des Stahlhelms werden müssen. Besonders
herausragend in diesem Bestimmen ist der sehr gut geleitete In-
spektor Schulz des Rittergutes im benachbarten Hirtendorf. Wer
Gelegenheit hat, kann einmal dessen Gehalt mit denen der aus-
gewählten Landarbeiter vergleichen. Auf diesem Gute geht die über-
wiegende Schuttmannschaft somit, daß erst vor kurzem ein Arbeiter an-
gestellt davongegangen ist. Mit den dort anwesenden Arbeitern wird
natürlich noch „überzeugender“ verfahren. Wer aber denkt, daß dies
nur ein Ausnahmefall ist, täuscht sich gewaltig. In der ganzen Land-
wirtschaft wird diese Methode der „Volks“-gemeinschaft angewandt und
ist die Arbeiterchaft mehr als diesem Terror ausgesetzt. Man sieht
daraus, weshalb der Stahlhelm dort so stark vertreten ist. Hier
hat auch der Kreisleiter des Landarbeiter-Verbandes, Art, ein reiches
Belüftungsfeld. Wenn er es nicht weiß, sagen wir es ihm hierdurch.
Möge die gesamte Arbeiterchaft nun aber endlich zusammen-
treten in ihrem Kampfe!

Glogau

Vom Strohstrom gestört. Der Sohn des Molkereibesizers Patz
in Herwigsdorf, der in Escheyplan mit Kabellegungsarbeiten
beschäftigt war, brach plötzlich tot zusammen. Wahrscheinlich ist er
mit einer elektrischen Leitung in Berührung gekommen.

Ein ungeheurer Gemeinderat. Der Gemeindevorsteher
in Jäschke, Gustav Brück, hat sich der Behörde wegen Unregel-
mächtigkeiten in Höhe von 500 bis 1000 RM. selbst gepö-

Ein Auto fährt in eine Menschengruppe. Auf der Herrndorfer
Straße fuhr ein auswärtiges Auto in eine Menschengruppe hinein,
die gerade die Straße überquerte. Sämtliche Personen wurden
verletzt.

Neusalz

Das Gemeindearchiv verbrannt.

In Schönaich brannte in der Nacht vom Sonntag zum Mon-
tag die Besorgung des Gemeindevorsethers und Materialwarenhändlers
Puhle aus bisher noch unangeklärter Ursache vollkommen nieder.
— Das Feuer ist wahrscheinlich in der Scheune zum Ausbruch gekom-
men und hat sich dann sehr schnell verbreitet. Trotzdem sämtliche
Bühren der Umgebung alsbald zur Stelle waren, konnte nur wenig
gerettet werden, doch gelang es, das Vieh in Sicherheit zu bringen,
dagegen ist der Gemeindevorstand, in dem sich auch Geld befunden
haben soll, mit sämtlichen Papieren und Akten verbrannt. Die Ret-
tungsarbeiten litten unter der großen Wassernot, jedoch zuerst mit
Jausche gespeist werden mußte. Das Grundstück war vor kurzem ver-
kauft und sollte am 1. Oktober übergeben werden.

Liegnitz

Sommergerichts verurteilte Revision.

Der Ferienkassentat des Reichsgerichts verwarf die Revision des
Schmiebegeheften Josef Hanke, der wegen Mordverdachts an seiner
Frau zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus und siebenjährigem Ehrverlust ver-
urteilt worden war. In der Hauptverhandlung vor dem Schwur-
gericht entrollte sich am 21. Juni eine erschütternde Liebestragödie.
D. lernte 1927 die 24jährige Arbeiterin Martha Osoba kennen. Nach-
dem ein Kind geboren worden war, kam es oft zu Streit. Am
18. März 1928 machte er von Kleinerwitz aus mit dem Mä-
dchen einen Spaziergang. Am Großteich sagte er das Mädchen plötz-
lich am Kopf, klemmte diesen zwischen die Arme und schob sie in die
rechte Kopfhälfte. Als sie wieder aufstand, schob er hinter ihr her und
trug sie in die linke Kopfhälfte. Als sie wieder zu Boden fiel, gab er
einen Schuß ab, der als „Fangschuß“ gemindert war. Da auch er nicht
tödete, folgten weitere Schüsse. Schließlich geleitete er sie nach Hause
und ließ einen Arzt kommen.

Schwerer Sturz. Im Stadttheater stürzte der Bühnenarbeiter
Paul Köhl aus dem 5 Meter über der Bühne gelegenen Magazin mit
dem Anzug ab. Er erlitt schwere Verletzungen an Kopf und
Wirbelsäule.

Goldberg

Sturz an Kuhwäandern.

In Abelsdorf und anderen Orten Meier Segend kamen vor
einigen Jahren ukrainische Familien an, die eine neue Heimat such-

ten. Schließlich fanden sie sich unter der Leitung eines ebenfalls
aus der Ukraine gekommenen Mannes zusammen und wanderten vor
zwei Jahren nach Südamerika aus. Man stellte ihnen in Aussicht,
daß sie in Pflanzungen beschäftigt werden und nach einigen Jahren
eigenes Land bekommen würden. Nach Mitteilungen, die jetzt her-
überkommen, sind diese Leute schmächtig betrogen worden. Ihr Führer
war ein Agent, der für Besorgung neuer Arbeitskräfte bezahlt wurde
und unter Mitnahme hoher Beträge verschwunden ist. Die Opfer
aber leiden unter dem Klima — mehrere Frauen und Kinder sind
schon der Hitze zum Opfer gefallen — und unter mangelhafter Er-
nährung, haben aber keine Möglichkeit, zurückzukehren. Sie fürchten,
früher oder später dort drüben langsam umkommen zu müssen.

Programm des ersten Roten Untergoutreffen in Petersdorf im Riesengebirge

Sonabend, den 15. September, 19 Uhr: Antreten zum
Fadelaug. Antreten Warmbrunner Straße, Nieder-Petersdorf.
21 Uhr: Kommerz im „Deutschen Haus“, Begrüßung,
Theater, Rezitationen, Konzert, Ansprache des Geschäftsrers.
Sonntag, den 16. September, 7 Uhr Beden, von 9,30 bis
11 Uhr: Führertagung in „4 Jahreszeiten“, von 11—12 Uhr:
Platzkonzerte an verschiedenen Stellen.
13 Uhr: Antreten zur Demonstration auf der Warmbrunner
Straße. Abmarsch durchs Dorf bis zur „Sonne“, dort Kund-
gebung gegen den imperialistischen Krieg und Fahnenweihe,
Weitermarsch ins Oberdorf, zurück bis zum „Gerichtskretscham“.

Achtung, Unterbezirkskonferenzen!

OB. Striegau:

Sonntag 16. September 10 Uhr in Königszell, Gast-
hof „Deutscher Kaiser“. Referent: Dombrowski.

OB. Liegnitz:

Sonntag 16. September 8,30 Uhr in Haynau, Volks-
haus, 1. Treppe. Referent: Gläjer.

OB. Grünberg-Sagan:

Sonntag, 16. September 9 Uhr in Glogau, im Lokal
zur „Domfreiheit“. Referent: Reimann.

OB. Ohlau:

Sonabend 15. September 19,30 Uhr im Gasthof
„Zur Stadt Delz“ bei Schmitt über der Ober. Refer-
ent: Reimann.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.
2. Die Arbeit für den Volksentscheid